Nr. 173 Montag, 30. August 1920 27. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Deutsch-polnische Verständigung in Oberschlesien.

Die Lage in Oberschlesien.

Gemeinsamer Aufruf der Deutschen und Polen.

Beuthen, 28. August. Die **Vertreter der deutschen und der polnischen politischen Parteien und Gewerkschaften** haben heute folgenden **Aufruf** unterzeichnet:

An das oberschlesische Volk!

Genug des Blutes und des Schreckens! Die Vertreter der deutschen und der polnischen Sache haben sich zusammengefunden, um unserm Volke Ruhe, Frieden und ungestörte Arbeit wieder zu geben.

Wir alle wollen die **Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes.** In Beratungen haben wir den Weg **zur Verständigung** auf folgender Grundlage, ohne den bestehenden Gesetzen vorzugreifen, gefunden. Es folgen die bekannten, bereits mitgeteilten Vereinbarungen. Der Aufruf schließt: Laßt darum ab von allen Gewalttaten, legt die Waffen nieder, kehrt zu eurem Tagewerk zurück!

An erster Stelle unterzeichnet für die Deutschen:
Dr. Urbanek und Pfarrer Ulitzka.
Für die Polen: Korfanty.

Frankreich fordert Genugtuung.

Genf, 30. August. (TU.) **Nach Meldungen Pariser Blätter ist die französische Regierung mit den Entschuldigungen der amtlichen deutschen Stellen wegen der Vorgänge in Breslau nicht zufrieden. Millerand soll darauf bestehen, daß Deutschland in feierlicher Form eine Entschuldigung abgibt und nicht nur den Opfern der Unruhen in Breslau volle Entschädigung leistet, sondern auch die Bestrafung der Schuldigen vornehme.**

Die Wirkungen der nationalistischen Ausschreitungen auf Frankreich.

Der Voss. Ztg. wird aus Paris berichtet:

„Die Nachricht von dem **Vorfall in Breslau** ist durch die heutigen Morgenblätter hier bekannt geworden und wird vom Publikum erregt besprochen. In den Kreisen, die trotz aller Enttäuschung eine Verständigung mit Deutschland wünschen, wird dieser neue Ausbruch der im deutschen Volke herrschenden Erbitterung gegen Frankreich tief bedauert. Man ist der Meinung, daß die Verantwortung nicht allein den Alldeutschen zuzuschreiben ist, sondern daß alle Stellen, die seit langen Monaten die planmäßige Hetze gegen Frankreich geleitet oder mindestens geduldet haben, als Mitschuldige zu betrachten sind. Alle Franzosen, die in der letzten Zeit aus Deutschland zurückgekehrt sind, berichten übereinstimmend, daß der Haß gegen Frankreich einen derartigen Grad erreicht hat, daß ein weiteres Steigen kaum mehr denkbar sei. Dieser Haß erscheint den Franzosen um so unverständlicher, als sie ausnahmslos davon überzeugt sind, daß Frankreich in Spa die größte Mäßigung bewiesen und durch die Annahme der Vorschußzahlungen an Deutschland ein Zugeständnis gemacht hat.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß auf der Suche nach den Gründen für die Stimmung in Deutschland seltsame Mutmaßungen laut werden und die Ansicht, gewissen Leuten auf deutscher Seite würde die **Besetzung des Ruhrgebietes** aus mancherlei Gründen nicht unangenehm sein, Glauben findet. Nach meinen Eindrücken würde die französische Regierung mit der **überwältigenden Mehrheit des französischen Volkes die Notwendigkeit einer solchen Besetzung als äußerst unerfreulich betrachten.** Aber es steht außer Zweifel, daß **fast das ganze Volk hinter der Regierung stehen würde, wenn diese die Ausdehnung der Besetzung für erforderlich halten sollte. Etwaige Hoffnungen auf Unruhen in Frankreich oder auf Widerstand der Arbeiter würden meines Erachtens unerfüllt bleiben.**“

Bestrafung schuldiger französischer Soldaten.

Ein amtlicher Vertreter der Bürgerschaft von Myslowitz hatte eine **Unterredung mit General Lerond.** Ersterer wies darauf hin, daß die Franzosen, statt der Sicherheitspolizei und der deutschen Bevölkerung Hilfe zu leisten, sich sogar als Führer der Polen erwiesen. An dem Kampfe um das Schlafhaus der Sicherheitspolizei haben erwiesenermaßen von drei Seiten Franzosen mit der Waffe teilgenommen. **General Gratier sagte schärfste Kontrolle und Bestrafung der Schuldigen zu.** Der deutsche Vertreter **wies darauf hin,** daß es den deutschen Führern unmöglich sein **würde,** die Masse zu beruhigen, wenn nicht **eine** entschiedene Aenderung in der Haltung der Franzosen stattfinden würde.

Spitzelarbeit in Breslau.

Nach einem Bericht der Freiheit aus Breslau sind die dortigen **Pöbelexzesse höchstwahrscheinlich Lockspitzelarbeit.** Die von den sozialistischen Parteien veranstalteten Gegendemonstrationen, suchen **die** Nationalisten durch eifrige **Propaganda** im nationalistisch-bolschewistischen Sinne zu beeinflussen. Freitag **früh erschien** im Parteibureau **der** U. S. P. in Breslau **ein Offizier,** der sich danach erkundigte, **ob die U. S. P. mit Sowjetrußland in Verbindung stehe.** Unsre Genossen verneinten das, der Offizier antwortete, in **Ostpreußen seien 20 000 Notgardisten** übergetreten, die doch zu **einer roten Armee in Deutschland werden sollten. Er verließ unser Parteibureau, nachdem er sich nach dem Bureau der Kommunisten erkundigt** hatte. Unsre Genossen folgten ihm und stellten fest, daß er bei einem Graveur **einen Stempel mit dem Ausdruck „Rote Armee Deutschlands“ bestellte.** Desgleichen kaufte er noch ein **Hakenkreuz.**

Aufhebung des verschärften Belagerungszustandes?

Beuthen, 30. August. (TU.) Nach hier vorliegenden Nachrichten soll der **verschärfte Belagerungszustand** über Oberschlesien morgen, **Dienstag, wieder aufgehoben werden.**

Kein polnisches Militär in Oberschlesien?

Warschau, 30. August. (TU.) Mit Bezug auf die Meldungen der auswärtigen Presse, die über das **Auftreten polnischer Truppen in Oberschlesien** berichten, **bestreitet das polnische Kriegsministerium,** daß irgendwelche Truppen polnischer Nationalität nach Oberschlesien abgegangen seien. Die als Beweis für die Truppensendungen angeführte **angebliche Erklärung des polnischen Generalstabes wird als aus der Luft gegriffen** bezeichnet.

Differenzen zwischen französischem und italienischem Militär?

Kattowitz, 30. August. (TU.) Hier herrscht eine **gewisse** Nervosität unter **den Franzosen,** welche durch einen angeblichen **Zwischenfall zwischen französischen und italienischen Soldaten bezw. Offizieren** hervorgerufen worden sein soll. Der Bevölkerung gegenüber verhalten sich die **Franzosen** in den letzten Tagen wesentlich **herausfordernder.** Man nimmt jedoch an, daß es zur **Ablösung** der französischen **Besatzung** doch noch kommen werde.

Schlägereien zwischen Polen.

Kattowitz, 30. August. (TU.) In **Myslowitz haben Streitigkeiten zwischen der eingesessenen polnischen Bevölkerung und Kongreßpolen zu einer Schlägerei** geführt, in deren Verlauf es auf **beiden Seiten Verletzte** gab.

Kundgebung der Oberschlesier in Berlin.

Berlin, 30. August. (TU.) Am Sonntagnachmittag fand im Lustgarten **eine Massenkundgebung** der Oberschlesier Groß-Berlins statt, an der viele Tausende teilnahmen. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein Demonstrationszug. **Versuche, Unruhen hervorzurufen,** fanden bei den Teilnehmern der Kundgebung **keinen Anklang,** so daß die Demonstration einen **ruhigen Verlauf** nahm.

Der Kampf in Stuttgart.

Stuttgart, 28. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die USP. Württembergs erläßt einen besonderen Aufruf, worin sie zum Generalstreik auffordert. Die Regierung hat bislang den Belagerungszustand nicht verfügt, trifft aber umfangreiche militärische Vorbereitungen. Die Plakate zum Belagerungszustand sollen schon gedruckt vorliegen. Der Generalstreik ist in Stuttgart allgemein. Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerk liegen still. Mittag soll auch die Post streiken. Der Eisenbahnerstreik wird spätestens bis Montagfrüh erwartet.

Stuttgart, 28. August. Der **erste Tag** des Generalstreiks ist bis zum Abend in der Hauptstadt **ruhig verlaufen. Stuttgart ist ohne Licht,** hat aber Wasser. In dem Vorort **Untertürkheim** besetzten heute etwa hundert junge Arbeiter der Daimler-Werke den Bahnhof, wurden aber von der Polizeiwehr wieder vertrieben. Etwas lebhafter gestaltete sich die „Erstürmung“ des zwischen Stuttgart und Ludwigsburg gelegenen Bahnhofes **Korn-Westheim** durch Arbeiter der Sigleschen Schuhfabrik. Auch diese wurden durch Polizeiwehr vertrieben, und die **beiden „Haupträdelsführer“** gefangen nach Stuttgart abgeführt. In **Heilbronn** spitzte sich der einfache Generalstreik zu **verschärftem Generalstreik** zu. In **Ravensburg** ist gleichfalls der Generalstreik ausgerufen, ebenso in **Friedrichshafen,** wo aber in den größeren Werken die Arbeiterschaft bei der Arbeit verblieb. Gegen Abend besetzten Mitglieder des Aktionsausschusses der Streikenden in **Stuttgart** zahlreiche Läden und Wirtschaften und verlangten unter Androhung von Gewalt die Schließung für den Sonntag. Die Regierung ist Herr der Lage. **Die Krankenanstalten und der Bahnhof sind mit elektrischem Licht versehen.** Die Ernährung der Einwohnerschaft ist bis jetzt ungestört. Die Abendblätter konnten nicht erscheinen, desgleichen ist die Fertigstellung der Morgenausgabe für Sonntag unmöglich. Für Montag ist das Erscheinen einer einzigen Zeitung im Auftrage der Regierung unter dem Zusammenwirken sämtlicher bürgerlichen Zeitungsverlage vorgesehen.

Stuttgart, 30. August. Der gestrige **Sonntag** hat im äußeren Verlauf des Generalstreiks weder in Stuttgart noch sonst in Württemberg eine nennenswerte Veränderung gebracht. Der Tag ist **vollkommen ruhig verlaufen.** In Stuttgart finden heute neue Versammlungen statt.

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Montagspost meldet aus Stuttgart unterm 29. August: An der Lage in Stuttgart hat sich nichts geändert. Unruhen sind nicht vorgekommen. Für Montag droht eine Verschärfung des Generalstreiks einzutreten, da die Streikenden gedroht haben, die Arbeitswilligen aus den Betrieben herauszuholen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat sich nun für den Generalstreik erklärt.

Moskaus absolute Herrschaft.

Die Diskussion über die Bedingungen der Kommunistischen Internationale hat in der Parteipresse lebhaft eingesetzt. Was wir schon an dem Artikel Däumigs in der Freiheit konstatiert haben, daß er die volle Tragweite der Moskauer Forderungen zu verhüllen strebt, das trifft auch für die meisten bisherigen Aeußerungen zu, die sich für die Annahme der Bedingungen aussprechen. Erst eine Ausnahme haben wir bis jetzt feststellen können: Die Hamburger Volkszeitung ist im Gefühle des Triumphes, den sie mit Hilfe Moskaus für ihre Richtung erwartet, offener als alle andern Blätter ihrer besonderen Farbe. Vielleicht empfindet sie auch, daß jeder Versuch, die Konsequenzen des Moskauer Diktats zu verschleiern, von vornherein aussichtslos ist, daß jeder Genosse, der sich auf Grund der authentischen Veröffentlichung über die Absichten Moskaus ein eigenes Urteil bildet, durch solche Bemäntelungen der Wahrheit höchstens abgestoßen werden kann. Die Bedingungen reden eine unzweideutige Sprache und die Statuten der Kommunistischen Internationale unterstreichen sie in den wichtigsten Punkten nochmals. Der § 8 stabiliert **die** Herrschaft Moskaus über die Kommunistische Internationale **mit** eisernen Klammern. Die Partei des Landes, wo das Komitee seinen Sitz hat, d. h. Rußland, entsendet 5 Vertreter in das Exekutiv-Komitee, die 10 bedeutendsten Kommunistischen Parteien der andern Länder je einen. Damit ist dem äußeren Anschein nach der Majorisierung des Exekutiv-Komitees durch die russische Partei vorgebeugt, aber eben nur dem äußeren Anschein nach; denn entweder werden die 10 Vertreter der ausländischen Parteien nicht in Moskau sein — was den Normalfall bilden wird —, dann wird das Exekutiv-Komitee in allen dringlichen Fällen ohne sie beschließen und sie werden nur hinterher ihr Ja und Amen sagen oder ihre Bedenken zu Protokoll geben können. Bei der Schwierigkeit der Verbindung mit Moskau ist an einen schnellen und geregelten Verkehr mit dem Exekutiv-Komitee ja ohnehin nicht zu denken und selbst wenn die Beziehungen Rußlands zum übrigen Europa wieder völlig normal würden, bliebe dieser Verkehr so zeitraubend, daß das Exekutiv-Komitee des öfteren Beschlüsse fassen würde, ohne alle ausländischen Mitglieder rechtzeitig hören zu können. Oder aber die ausländischen Mitglieder nehmen dauernden Aufenthalt in Moskau, gewissermaßen als Gesandte ihrer Parteien — aus den Statuten geht nicht hervor, ob das beabsichtigt ist — dann verlieren sie die enge Verbindung mit ihren Parteien, den genauen Ueberblick über die Verhältnisse ihres Landes, geraten unter den Einfluß des russischen Milieus **und der Moskauer Zentrale.** In beiden Fällen ist das absolute Uebergewicht **der russischen** Partei gesichert.

Die Macht dieses Moskauer Exekutiv-Komitees, dieses sorgfältig konstruierten Werkzeuges der Bolschewiki ist aber bei der straff zentralistischen Organisation der Kommunistischen Internationale gewaltig, so gut wie unumschränkt. Nur der Weltkongreß der Kommunistischen Internationale kann gegen das Exekutiv-Komitee angerufen werden und bis zu seinem Zusammentritts sind die Gebote des Komitees unbedingt auszuführen bei Strafe des Ausschlusses. Die Leitung einer Partei mag noch so sehr überzeugt sein, daß irgendein Beschluß, den das Exekutiv-Komitee in Moskau gefaßt hat, unter den besonderen Bedingungen ihres Landes unmöglich ist, daß seine Durchführung die Arbeiterbewegung seines Landes unnützerweise in die größte Gefahr stürzen kann, ja, sie auf Jahre zerstören muß, sie ist trotzdem verpflichtet, die Mitglieder der Partei zu solcher Aktion aufzurufen wider besseres Wissen, wenn sie sich nicht der Absetzung durch das Exekutiv-Komitee aussetzen will. Denn das Exekutiv-Komitee tritt nach § 9 „mit den erforderlichen Aufrufen im Namen des Kommunistischen Internationale hervor und gibt für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Organisationen und Parteien bindende Richtlinien“. Und das Exekutiv-Komitee hat weiter das Recht, von den ihr angehörenden Parteien „**den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen,** und ebenso **diejenigen Parteien** aus der **Kommunistischen Internationale** auszuschließen, welche gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen“. Für den Fall aber, daß die Parteileitung eines Landes dem Exekutiv-Komitee nicht zuverlässig oder willfährig genug erscheint, so kann es, wenn es nicht gleich ihre Absetzung oder ihren Ausschluß fordern will, ihr eine Aufsichtsinstanz, einen politischen Kommissar Moskaus, auf die Nase setzen. Der § 9 bestimmt: „Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutiv-Komitee **in den verschiedenen Ländern** seine technischen **und anderen Hilfsbureaus, die völlig dem Exekutiv-Komitee**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

tee untergeordnet sind. Die Vertreter des Exekutiv-Komitees erledigen ihre politischen Aufgaben im engsten Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes", d. h., daß die betreffende Parteileitung einfach unter Kuratel gestellt wird, daß die Abgesandten von Moskau, die beim besten Willen die besonderen Verhältnisse des Landes nicht hinreichend kennen können, die eigentlichen, die entscheidenden Leiter der betreffenden entmündigten Partei werden.

Was das bei den diktatorischen Vollmachten, die nach dem Kommunistischen Diktat den Führern zustehen, bedeutet, das kann sich jeder selbst leicht ausmalen. Das bedeutet die völlige Aufgabe jeder Selbständigkeit, jede Verneinung und Aufhebung der Rechte der Mitglieder. Sie haben ja schließlich, wenn ihnen auch alle andern Rechte genommen werden, noch jenes eine, die **Leitung selbst zu wählen**, die sie diktatorisch führen soll, die hernach, wenn sie erst eingesetzt ist, dekretieren und unbequeme oppositionelle Elemente ausschließen darf, ohne daß ihr jemand hineinzureden hat bis zur nächsten Leitungswahl. Die Wahl kann sie freilich mit allen terroristischen Mitteln in ihrem Sinne vorbereiten und beeinflussen — sämtliche Zeitungen haben bei Strafe der „Reinigung" ihrer Redaktion selbstverständlich nur die Meinung der Parteileitung wiederzugeben und dürfen abweichende Ansichten überhaupt nicht zu Worte kommen lassen, geschweige denn selbst aussprechen. — Viel ist dieses Recht, dieses einzige, das den Mitgliedern bleibt, ihre Leitung zu wählen, also unter solchen Umständen schon nicht mehr wert. Aber selbst dieses kümmerliche „Recht", das schon mehr die Karikatur eines Rechtes ist, kann auf Befinden des Moskauer Exekutiv-Komitees den Genossen des betreffenden Landes auch noch genommen werden, indem ein Hilfsbureau der Kommunistischen Internationale in jenem Lande eingesetzt und die von den Mitgliedern gewählte Leitung also entmündigt wird. Sie ist dann nur noch eine Scheinleitung, die eigentlich nichts weiter zu tun hat, als die Diktate der Moskauer Gesandtschaft an die Mitglieder weiterzuleiten.

Kurz, wohin man blickt, stößt man auf neue Ungeheuerlichkeiten und alle Versuche der Richtung Däumig-Stoecker, diese Ungeheuerlichkeiten den Augen der deutschen Genossen zu verbergen, müssen scheitern an der klaren, unzweideutigen Sprache der Aufnahmebedingungen wie der Statuten der Kommunistischen Internationale.

Es heißt das Thema verschieben, wenn die Befürworter des Anschlusses trotz alledem, der glatten Unterwerfung unter das Moskauer Diktat ihre Haltung begründen wollen mit der Pflicht, der russischen Sowjet-Republik in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus tätig beizustehen. Diese Pflicht erfüllt die Unabhängige Sozialdemokratie nach Kräften schon längst und der scharfe Boykott der Waffen- und Munitionssendungen für Polen ist ein lebendiges Zeugnis dafür, daß dieser Kampf vom Anschluß an die 3. Internationale völlig unabhängig ist. Die Unterwerfung unter das Moskauer **Diktat**, dieser Verzicht auf das eigene Urteil, kann höchstens dazu führen, daß die Kraft der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung zerstört wird. Daß sie in aussichtslosen Aktionen nutzlos vergeudet wird, die auf das Geheiß Moskaus, das beim besten Willen die notwendigen Vorbedingungen in Deutschland nicht zutreffend beurteilen kann, unternommen werden müßten. Es würde unsre Partei, die bei richtiger Haltung die stolze Aussicht hat, in Kürze die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit in sich zu sammeln, die Führung der proletarischen Bewegung Deutschlands zu übernehmen, zum tödlichen Siechtum verurteilen, weil der deutsche Arbeiter, der seit Jahrzehnten an die lebendige Mitarbeit in seiner Parteibewegung gewöhnt ist, sich diese absolute Entrechtung zugunsten der Führerschaft einfach nicht gefallen lassen würde. Ständige Auflehnungen, ständige Ausschlüsse oder massenweises Abströmen der Mitglieder würden die Folge sein und die Kraft der Organisation würde in fortwährenden Aderlässen versickern. Das mögen jene Genossen besonders ernsthaft überlegen, die da glauben, daß die Weltrevolution nur durch engsten Anschluß an Moskau vorwärts gebracht werden könnte. Sie würden durch die Unterwerfung unter das Moskauer Dekret gerade dieses Ziel aufs schwerste schädigen. Wie ja überhaupt unsre Opposition gegen die Moskauer Bedingungen nicht diktiert ist aus irgend welchen bureaukratischen Engherzigkeiten wegen der Organisationsform, noch etwa aus irgendwelchen Gefühlen gekränkter Würde und Eigenliebe. Die Partei ist uns teuer, aber wichtiger ist uns die proletarische Revolution und wenn wir ihr durch Aufopferung der Partei dienen könnten, so würden wir uns nicht sträuben. Aber gerade weil wir voraussehen, daß die Uebertragung der russischen Schablone auf Deutschland nur vernichtende Wirkung auf die deutsche Arbeiterbewegung ausüben kann, weil wir wissen, daß sie für Jahre die Totenglocke der Revolution in Deutschland läuten würde, deshalb kämpfen wir gegen die unannehmbaren Forderungen Moskaus. Und wer glaubt, daß wir zu schwarz malen, der soll nur einmal ernsthaft überlegen, ob wirklich deutsche Arbeiter es sich gefallen lassen werden, von illegalen Leitern, die ihnen unbekannt bleiben, bindende Befehle zu bekommen. Denn die Bedingungen legen der Partei diese Verpflichtung auf, neben der legalen eine illegale Organisation zu bilden und die legale Leitung ist der illegalen unbedingt untergeordnet. Das paßt, wir wiederholen es, für eine Verschwörergesellschaft, für eine Sekte, aber nimmermehr ist es anwendbar auf eine Massenbewegung, in der die Einzelnen nicht willenlose Objekte, sondern wollende, selbsturteilende Persönlichkeiten sind. Der deutsche Arbeiter des 20. Jahrhunderts läßt sich nicht entrechten zugunsten einer kleinen Kaste Eingeweihter, deren Spitzen ihm verborgen bleiben. Wohin diese Uebertragung russischer Muster auf Deutschland führt, das zeigt uns die klägliche Zersplitterung der Deutschen Kommunistischen Partei. Der Versuch, in ihr die Führerdiktatur durchzuführen, hat die Absplitterung der KAPD., hat den Rückfall ihrer Anhänger in die schlimmsten Aeußerungen der „Kinderkrankheit des Radikalismus", wie Lenin sich in seiner neuesten Schrift ausdrückt, zur Folge gehabt. So berechtigt die Kritik ist, die Lenin an der engstirnigen Revolutionsromantik der KAPD. übt — den Genossen sei die Lektüre dieser Schrift dringlichst empfohlen, obgleich sie eine Masse der ungerechtfertigtsten Angriffe auf die Unabhängige Sozialdemokratie enthält —, so wenig ist gerade Lenin berufen, diese Kritik zu üben. Denn im tiefsten Grunde Moskau ist es, das die Bildung und die Verrennung der KAPD. in ihre radikalistische Sackgasse durch seine diktatorischen Methoden verschuldet hat.

* * *

Aus der Diskussion in der Parteipresse werden wir in den nächsten Tagen die wichtigsten Aeußerungen veröffentlichen. In der Freiheit vom Sonntag ergänzt Genosse Rudolf Hilferding in einem gründlichen Artikel die Arbeit Crispiens:

Scharfe Ablehnung der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei an die Bolschewiki

Der Londoner Daily Herold veröffentlicht die folgenden Informationen:

Die Independant Labour Party hatte seine Delegierten beauftragt, der russischen Sowjetregierung (vermutlich ist das Exekutivkomitee der 3. Internationale gemeint. Red. d. L. Vztg.) einige Fragen zu stellen. Auf diese Fragen hat die Räterepublik mit einer heftigen Kritik der Führer der Independant Labour Party geantwortet und sie verlangt, daß sich die I. L. P. ausspricht:

1. Ueber die Durchführung des Bürgerkrieges, Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats. 2. Die Aktion einer Minorität, die ihren Willen einer apathischen oder machtlosen Majorität aufdrückt (Diktatur der kommunistischen Partei). 3. Die Beziehungen zwischen den Sozialisten der verschiedenen Richtungen.

In der Antwort an die Sowjets sagt die I. L. P.: Die Antwort enthält den klaren Beweis von der Ueberzeugung seiner Verfasser, daß ihre Doktrinen, Politik und Methoden von ihnen als unfehlbar betrachtet werden und daß der Sozialismus sich nicht verwirklichen kann als innerhalb der Enge ihrer Dogmen. — Die einzigen Punkte, auf die wir die Aufmerksamkeit lenken, sind die Beschuldigungen gegen die deutschen Sozialisten, daß sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben und die Unterstellung, daß Henderson und Renaudel es geradeso machen würden und die beleidigenden Ausfälle gegen Otto Bauer, F. Adler und die österreichischen Sozialisten im allgemeinen.

Geheimnisse der Berliner Mörderzentrale

Vor dem Berliner Landgericht I hatte sich am Freitag der Kunstmaler und ehemalige Leiter des Sicherheitsdienstes Prinz zu verantworten. Prinz wird beschuldigt, einen **angeblichen Mordbefehl gegen Liebknecht und Luxemburg**, der mit **Scheidemann und Georg Sklarz unterschrieben ist, gefälscht** und verbreitet zu haben. In der Verhandlung erklärte er, das Schriftstück, das durch einen ungetreuen Boten in die Hände des Herrn G. Sklarz geraten sei, wäre die **Abschrift des Originalbefehles**, den er im Dezember 1918 in den **Händen des v. Tyszka gesehen hat**. Das Original wäre ihm vom Husaren Falke, der mit Tyszka zusammen Liebknecht verhaften wollte, einmal für 100 Mk. und später für 300 Mk. angeboten worden. Er, Prinz, **behaupte nicht**, daß der **Befehl echt sei**, er könne gefälscht sein, um Soldaten zum Morde zu verleiten. In der Verhandlung zeigt sich ein so verzwicktes Verhältnis von Geschäftemachern, die in der Revolution eine Rolle spielen und Abenteurern, die mit ihrem Revolutionsmaterial Geschäfte machen wollen, daß wir nur die Ergebnisse festhalten wollen, die politisches Interesse haben.

Es ist Tatsache, daß Karl Liebknecht in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember verhaftet wurde und das Polizeipräsidium telephonisch um Hilfe angerufen hat, wobei er gesagt haben soll: „Ich bin mit Rosa Luxemburg in der Roten Fahne in der Möckernstraße verhaftet, und wir sollen erschossen werden." Hasso v. Tyszka, der die Verhaftung durchführte, gibt an, den Befehl zur Verhaftung vom damaligen Kommandanten des 2. Garde-Regiments zu Fuß erhalten zu haben. Daß es der Befehl gewesen sei, der den Gegenstand der Anklage bildet, bestreitet er. Doch **erklärt er bestimmt, verschiedene schriftliche Mordbefehle erhalten zu haben und noch zu besitzen.** Auch solche, die die Unterschrift Scheidemann tragen. Er erklärt sich **bereit, diese Befehle herbeizuschaffen**, wenn er unter Bedeckung zu seiner Wohnung geführt wird. Die **Mordbefehle will er von Hauptmann Marx und von der Mörderzentrale** (die Kriminalabteilung im Kronprinzenpalais) erhalten haben. Zur Einvernahme des Hauptmann Marx und anderer Zeugen wurde die Verhandlung **vertagt**. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der **Haftbefehl** gegen den Angeklagten Prinz **aufgehoben** wurde, weil ein **Verdacht der Urkundenfälschung nicht mehr vorliegt.**

Wichtiger noch als die Vernehmung weiterer Zeugen wäre unzweifelhaft die Befolgung des Angebots von Tyszka gewesen, das vom Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer noch unterstützt wurde. Auf diese Weise hätte man auch gleich die Möglichkeit gehabt, Tyszkas Glaubwürdigkeit zu prüfen. Es erscheint uns auch nicht notwendig, die Vertagung auf eine so lange Zeit auszudehnen, bis Gras über diese Geschichte gewachsen ist.

Ein Geßlerscher Alarmruf gegen die Marinebehörde.

Durch die Kieler Zeitung wird ein Auszug aus einer Denkschrift des Reichswehrministers Geßler bekannt, der sich **gegen die von den Marinebehörden geplante Verlegung der Marine aus Kiel** wendet. Der Reichswehrminister sagt, daß gegenwärtig wieder **gespannte Verhältnisse in der Reichsmarine** herrschten:

„... Daß das Offizierkorps es leider an dem nötigen Ernst und Willen hat fehlen lassen, ein offenes und ehrliches Vertrauensverhältnis zwischen Offizier und Mann und zwischen Truppe und Bevölkerung zu erstreben, muß unbeschönigt festgestellt werden. Die Politik der Marinebehörden, namentlich der Ostseestationen, in der Angelegenheit der Verlegung von Marineformationen aus Kiel hat größtes Mißtrauen der Bevölkerung, besonders der Arbeiterschaft, diesen Behörden gegenüber hervorgerufen. Es muß doch auch Befremden erregen, wenn von den Marinekommandos bewußt unwahre Mitteilungen in einer für die Stadt Kiel eminent wichtigen Angelegenheit gemacht werden. Zu Bedenken geben aber vor allem Anlaß die politischen Motive, die die eigentlichen Ursachen zu der geplanten Herausziehung der Marine aus Kiel sind. Wenn man in den Kreisen der militärischen Führung der Ansicht ist, daß, wie früher, die Wehrmacht vom übrigen Volke peinlich einen Abstand halten muß, dann hat man dort noch immer nicht die Gegenwart verstanden. Wenn die militärischen Führer eine Berührung der Truppen mit der Arbeiterschaft fürchten, dann ist das Beweis dafür, daß die Wehrmacht noch immer das ist, was sie nicht sein soll: ein Fremdkörper im Volke, und daß sie nicht ist, aber sein sollte, nämlich: eine vom Vertrauen der weitesten Volksschichten getragene volkstümliche Institution zur Verteidigung der Landesgrenzen ..."

Also Herr Geßler. Er sagt nichts Neues. Daß das Offizierskorps der Reichsmarine in großer Mehrheit reaktionär gesinnt ist, hat seine Haltung während der Kapptage bewiesen. Deshalb war es auch ein Skandal sondergleichen, daß Hunderte von Offizieren, die damals sofort von den Mannschaften wegen ihrer kappistischen Betätigung hinter Schloß und Riegel gesetzt worden waren, vom Reichswehrminister Geßler, der jetzt Alarm schlägt, wieder in ihre Stellungen eingesetzt wurden. Jetzt hat der Wehrminister die Bescherung. Wird er aber nach seinen treffenden Worten auch die entsprechenden Taten finden? Wir haben unsre Zweifel, weil seine ganze Ausführung dem widerspricht. Wichtig wäre, zu wissen, ob die Denkschrift mit seiner Zustimmung oder ohne sie in die Oeffentlichkeit gelangte.

Ein Rechtssozialist in der Horthy-Regierung?

Dem Zentralorgan der schweizerischen Sozialdemokratie, dem Züricher Volksrecht, entnehmen wir folgende Mitteilung:

„Es gibt wahrlich kaum eine Gemeinheit, zu der ein Sozialpatriot nicht fähig wäre. Das beweist wieder folgende Nachricht, die wir aus Ungarn erhalten: Der ungarische Ministerpräsident, Graf Teleki, der erklärt, daß man „äußerlich" Ordnung schaffen müsse, damit Ungarn die französische Unterstützung nicht verliere, hat nun einen **sozialdemokratischen Abgeordneten, Johann Milesewicz**, ins Ministerium der Volkswohlfahrt **berufen**, um auf diese Weise vor dem Auslande, auf welches die ungarischen Greueltaten allmählich eine Wirkung auszuüben begannen, sich auf die Unterstützung seines Schreckensregiments „sogar" durch die Sozialdemokraten berufen zu können. Und der Sozialdemokrat Milsewicz gibt sich für einen Ministersessel dazu her, womöglich noch auf Beschluß seiner Partei, deren Preßorgane eine widerwärtig servile Haltung dem „Reichsverweser" Horthy und seinen Mörderbanden gegenüber einnehmen, an deren Händen das Blut ihrer eigenen proletarischen Genossen klebt."

Der Unabhängige Zeitungsdienst setzt dem hinzu:

„Alle Nachrichten, die bisher aus Horthy-Ungarn gekommen, bestätigen uns die Richtigkeit der Auffassung unsres Züricher Bruderblattes."

Offiziell ist von der Sache noch nichts bekannt. Sehr bedenklich macht uns die Bezeichnung des angeblichen Ministers als sozialdemokratischer Abgeordneter. Soviel wir wissen, sind bei den ungarischen Wahlen keine Sozialdemokraten gewählt worden, da das Proletariat unter dem weißen Schrecken auf jegliche Wahlbeteiligung verzichten mußte.

* * *

Die ungarischen Blätter vom 18. August melden:

Mehrere Budapester Blätter brachten die Mitteilung, daß die ungarische Regierung mit der sozialdemokratischen Partei eingehende Verhandlungen zum Zwecke einer Versöhnung mit den Arbeitern pflege. Das Blatt A Pilag brachte hierüber folgende Mitteilung: „Die ungarischen Sozialdemokraten bereiten sich zu einem neuen Schritt vor. Da die Frage aktuell ist, daß die Führer der Partei in Stockholm demnächst über die Lage der ungarländischen Partei Bericht erstatten, wird der Gouverneur die Führer der Arbeiter in den nächsten Tagen in Audienz empfangen und man hofft, daß die noch bestehenden, schwebenden Fragen einer Lösung entgegengeführt werden können. Sollte dieser Schritt zu keinem vollen Erfolge führen, so kann man mit der vollständigen Auflösung der ungarischen sozialdemokratischen Partei rechnen, denn die Führer der Partei wollen eine weitere vergebliche Arbeit nicht übernehmen.

Demgegenüber stellt das Organ der sozialdemokratischen Partei folgendes fest: 1. In Stockholm findet in der nächsten Zeit kein Kongreß statt. 2. Die Parteileitung hält unerschütterlich an ihrem ursprünglichen Standpunkt fest und wartet ruhig die Entwicklung der Dinge ab. 3. Eine vollständige Auflösung ist in der sozialdemokratischen Bewegung ein unbekannter Begriff. Es ist keine ad hoc Partei, die durch einen eventuellen Wechsel in der Leitung aufgelöst oder auch nur erschüttert werden kann."

Im übrigen stehen noch immer die Frage der Internierung und die Auflösung der Internierten lager im Vordergrund der öffentlichen Erörterung. Ministerpräsident Graf Paul Teleki äußerte sich einer Deputation gegenüber in dieser Frage folgendermaßen: „Ich beschäftige mich jetzt mit der Frage der Ueberprüfung der Internierungen. Das bedeutet aber nichts andres, als daß ich diese Frage zum Gegenstand des Studiums mache. Ueber das Wesen der Frage kann ich mich erst dann äußern, wenn ich mir darüber auf Grund der entsprechenden Daten ein endgültiges Urteil bilden werde." Der Minister des Innern Ferdinandy erklärte der Deputation, er habe im Verordnungswege die Polizeibehörden angewiesen, die Sache der politischen Internierten und Gefangenen zum Gegenstande gründlicher Nachforschungen zu machen und darüber dringend Bericht zu erstatten. Er hoffe, es werde sich kein einziger unter den Internierten befinden, dessen Angelegenheit innerhalb 6 Monaten nicht überprüft werden wird.

Vor einem neuen Bergarbeiterstreik in England.

Entsprechend einem Beschluß der letzten Nationalkonferenz der englischen Bergarbeiter findet in diesen Tagen eine Abstimmung unter den Bergarbeitern darüber statt, ob wegen der **Ablehnung der Bergarbeiterforderungen durch die Regierung** eine Streikaktion unternommen werden soll. Die Bergarbeiter fordern die **Herabsetzung des Preises für Hausbrandkohle um 14 Schilling** für die Tonne und eine **Lohnerhöhung** von 2 Schilling pro Schicht. Zur Deckung des Ausfalles und der Mehrausgaben verlangen die Bergarbeiter die Heranziehung der Uebergewinne, die die Zechenbesitzer bei dem Verkauf zu den erhöhten Auslandspreisen eingesteckt haben. Nach der Berechnung der Bergarbeiter betragen diese Uebergewinne etwa 66 Millionen Pfund Sterling. Es würden für die Kohlenpreisherabsetzung etwa 33 Millionen und für die Lohnerhöhung etwa 30 Millionen in Anspruch genommen werden. Die **Regierung** hat diese Forderung **abgelehnt** und will die Uebergewinne durch Steuern für die Staatskasse einziehen.

Die Bergarbeiter verfolgen mit ihrer Aktion zugleich einen politischen Zweck. Vor kurzem hat das englische Parlament ein neues Bergbaugesetz angenommen, durch das die im Krieg geschaffene und bis zum 31. August noch laufende **staatliche Kontrolle der Bergwerke** auf die Festsetzung der Inlandskohlenpreise, der für die Ausfuhr verfügbaren Kohlenmengen, der Löhne und Gewinne **beschränkt** wird. Diese Regelung für die Uebergangszeit soll zu dem früheren Zustand überleiten, d. h. die Kohlenbergwerke sollen den Eigentümern wieder zugestellt werden. Das aber wollen die Bergarbeiter verhindern. Sie verlangen die Beibehaltung der staatlichen Kontrolle, die sie als Uebergang zu der Nationalisierung betrachten. Würden Kohlenpreisherabsetzung und Lohnerhöhung angenommen, so würden die weniger leistungsfähigen Betriebe nicht mehr weiterarbeiten können. Sie müßten dann auf Grund eines während dieses Krieges beschlossenen Gesetzes Zuwendungen aus den Erträgen der Großbetriebe erhalten. Für die Durchführung dieses Ausgleichsystems ist aber die Beibehaltung der staatlichen Kontrolle die Voraussetzung. Letzten Endes handelt es sich also bei der bevorstehenden Bewegung um eine Aktion für die erstrebte **Nationalisierung der Bergwerke.** Deshalb hat der Führer der Grubenarbeiter, Smillie, die gesamte Arbeiterschaft aufgefordert, geschlossen in den Streik zu treten.

Ueber die Abstimmung über den Streik liegen folgende Meldungen vor:

London, 27. August. Die **Abstimmung** unter den britischen **Grubenarbeitern ist für den Streik** ausgefallen. Die **übrigen Gewerkschaften** sind dagegen **meistens gegen den Streik** und wollen eine **Vermittlung versuchen.** Insbesondere wenden sich die Eisenbahnangestellten und Transportarbeiter gegen den Streik. Auch die Bevölkerung ist der gleichen Ansicht, da die Kohlen unter allen Umständen teurer werden würden. Die **Regierung** hat bisher **keine Vermittlung unternommen.** Im Falle des Ausbruchs des Streiks der Bergarbeiter soll der Kohlenexport ganz eingestellt und Kohlen, Licht und Lebensmittel rationiert werden. Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr sollen durch Automobilverkehr ausgeglichen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

London, 28. August. Die letzten Ergebnisse der Abstimmung der Bergleute bringen weiterhin eine erdrückende Mehrheit für den Streik.

Neue Verhandlungen?

London, 28. August. (Reuter.) Die **Abstimmung der Bergarbeiter** über die Frage des allgemeinen Streiks ist so gut wie **beendet**. Die endgültigen Ergebnisse werden auf der **allgemeinen Bergarbeiterkonferenz** in London am **2. September bekanntgegeben werden.** Wahrscheinlich werden sie aber bereits der Versammlung der Vollzugsausschüsse des Dreibundes am 31. August vorgelegt werden, da die Bergarbeiter die Unterstützung des Dreibundes zu erhalten suchen. Man erwartet, daß die Versammlung am 31. August **Vorschläge** machen wird, die darauf abzielen, die **Verhandlungen mit der Regierung wieder zu eröffnen**, und daß die Bergarbeiterkonferenz versuchen wird, **den Streik aufzuschieben**. Die Abstimmung hat anscheinend die **notwendige Zweidrittelmajorität zugunsten des Streiks ergeben.** Wenn der Dreibund keine Schritte für eine friedliche Beilegung unternimmt, erwartet man, daß die Leitung der Gewerkschaften sich bemühen wird, eine Krise zu verhindern.

Eine neue Schwenkung der Ententemächte?

Wurde bisher von den Alliierten immer der Standpunkt vertreten, daß Polen seine Offensive nicht über die ihm zugewiesenen Grenzen hinaustragen dürfe, so scheinen die Regierungen der Ententemächte in dieser Frage jetzt eine andere Haltung einnehmen zu wollen. Die Londoner Times erklärt auf Grund von Informationen von wohlunterrichteter Seite, daß die alliierten Regierungen **Polen für seinen militärischen Vormarsch keine bestimmten Grenzen setzen** werde. Der den Polen von der französischen Regierung erteilte Rat, die strategische Linie bis zum Abschluß des Friedens nach eigenem Ermessen vorzuschieben, sei angesichts des unzuverlässigen Verhaltens der Russen sehr zweckmäßig. Anderseits soll Millerand in seiner Note an die polnische Regierung betont haben, daß die Alliierten großen Wert auf den baldigen Abschluß eines Friedens legten. Die polnischen Forderungen müßten sich in den bereits früher von der Entente bezeichneten Bahnen halten. Im gleichen Sinne hat sich auch die belgische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten auf Grund eines Berichts des Ministerrats ausgesprochen. Auch der Papst soll den Polen zu einer versöhnlichen Haltung geraten haben. Im übrigen hält die englische Regierung nach dem erwähnten Bericht der Times mit Rücksicht auf das Einlenken der Sowjet-Regierung eine **weitere Aktion nicht für notwendig.**

Die Verhandlungen in Minsk sind noch nicht wieder aufgenommen worden. Nach einer Meldung aus **Warschau** sollen sich die Bolschewisten bereit erklärt haben, **nachdem der Waffenstillstand in Minsk unterzeichnet ist, die Friedensverhandlungen in Warschau fortzusetzen.** Der Minister des Auswärtigen werde sich morgen zu einer Besprechung mit den Führern der polnischen Delegation nach Brest-Litowsk begeben. Nach einer weiteren Meldung soll Tschitscherin den Polen die Fortsetzung der Verhandlungen in einer Stadt Estlands, also auf neutralem Boden vorgeschlagen haben.

Ueber Finnland wird wieder einmal berichtet, daß **Petersburg** zur Zeit eine **schwere Krise** durchzumachen habe. Jeder freie Handel sei verboten. Alle Geschäfte seien geschlossen. Es werden zahlreiche Haussuchungen vorgenommen. Regierungsfeindliche Demonstrationen seien an der Tagesordnung. Für die polnische Front werden zahlreiche Zwangsaushebungen durchgeführt. **Große Truppenabteilungen** gehen von Petersburg **an die Front.** Mit inneren Schwierigkeiten, die vermutlich wesentlich größer sind, als die in Sowjet-Rußland hat bekanntlich auch die polnische Regierung zu kämpfen. Das kommt erneut zum Ausdruck in einem Aufruf, den die **Kommunistische Arbeiterpartei Polens** an das Proletariat aller Länder richtet. Darin protestiert sie scharf dagegen, daß von einem Kriege des polnischen Proletariats gegen Rußland gesprochen werde. Die polnischen Kommunisten erklären, da polnische Arbeiter mit dem Invasionskrieg des polnischen Militarismus gegen Sowjetrußland nichts gemein haben, daß sie diesen Krieg, der nicht dem Schutze der Unabhängigkeit gilt, sondern der Weltherrschaft des Kapitals, aufs schärfste verdammen und daß sie in den Roten Truppen nicht die unsere Freiheit bedrohenden Eroberer, sondern unsere Bundesgenossen im revolutionären Befreiungskampfe sehen. Der Aufruf schließt mit dem Rufe: wollt ihr uns (den polnischen Arbeitern) zur Befreiung verhelfen, so tut das eine: **Helft Sowjetrußland!**

Ueber die militärische Lage verbreiten die Polen fortgesetzt weitere für sie günstige Nachrichten. In einer zusammenfassenden Meldung heißt es:

Die polnischen Heere haben jetzt den **größten Teil des ethnographischen Polens erobert.** Im **Norden** harrt nur **ein ziemlich kleines Gebiet** südlich von Litauen seiner „Befreiung". Von Brest-Litowsk bis an die galizische Grenze fällt die **polnische Front ungefähr mit der Curzon-Linie zusammen.** In Galizien aber halten die Polen ein **ziemlich großes Gebiet außerhalb dieser Linie besetzt**, einschließlich des Gebiets von Lemberg, welches der Oberste Rat Rußland zugesagt hat.

In einer andern Warschauer Meldung wird behauptet, daß die Polen zwei Drittel der Artillerie der Sowjetarmeen erbeutet hätten. Alle diese schön gefärbten Nachrichten können aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die polnische Offensive im allgemeinen ihr Ende erreicht hat und daß schon für die allernächste Zeit mit neuen russischen Vorstößen zu rechnen ist. Nach einer Revaler Nachricht sandte Tschitscherin an die russische Delegation in Reval ein Telegramm, in dem er verheißt, daß in etwa **14 Tagen die polnische Offensive** vollständig zum Stehen gebracht sein werde.

Entwaffnung russischer Truppen in Litauen.

Rotterdam, 28. August. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus **London**: Eine **große Anzahl russischer Truppen** hat auf der Flucht vor den Polen die **litauische Grenze überschritten** und die **Waffen abgegeben.** Die Litauer haben weitere Grenzüberschreitungen mit Rücksicht auf die Lebensmittelknappheit verboten.

Unterbrechung der russisch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 30. August. Die Verhandlungen in Minsk sind am Sonnabend unterbrochen worden. Der polnische Minister des Aeußern, Fürst Sapieha, hat dem Volkskommissar Tschitscherin mitgeteilt, daß die polnische Regierung wegen der andauernden Verzögerungen der Nachrichtenübermittlung aus Minsk den Vorsitzenden der polnischen Friedensabordnung Domski zur mündlichen Berichterstattung nach Warschau berufen müßte. Es verlautet jedoch in politischen Kreisen, daß Domski bereits am Montag nach Minsk zurückfahren werde.

Paris, 30. August. Nach einer **Temps-Meldung** aus **Warschau** sollen die Bolschewisten **bereit sein, nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandes in Minsk die Besprechungen über den Frieden in Warschau fortzusetzen.** Die Minister des Auswärtigen begibt sich am heutigen Montag nach Brest-Litowsk zu einer Besprechung mit dem Führer der polnischen Delegation. Nach demselben Blatt wurde von den Parteiführern die sofortige Einberufung des Reichstages abgelehnt.

Amerikanisches Kriegsschiff nach Danzig.

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Montagspost meldet aus Washington: Der Marinesekretär Daniel hat mitgeteilt, daß der Panzerkreuzer Pittsburg Befehl erhalten habe, von Reval nach Danzig zu gehen, um die Amerikaner zu schützen.

Wrangels „Regierung von Süd-Rußland".

Paris, 24. August. Havas meldet aus **Konstantinopel**: General **Wrangel** hat im **Einverständnis mit dem Kosaten-Atamen** einen Erlaß veröffentlicht, wonach er sich den Titel **eines Oberkommandierenden der russischen Armee** und seiner Regierung den Titel **„Regierung von Süd-Rußland"** beilegt.

Konstantinopel, 24. August. General **Wrangel** hat einen **weiteren Erfolg** zu verzeichnen, indem er **374 Geschütze** und **190 Maschinengewehre** erbeutete. Das ganze Gebiet links des Dnjepr ist jetzt vom Feinde frei. **Die Offensive der in der Gegend des Don gelandeten russischen Truppen schreitet erfolgreich fort.**

Kerenski gegen Wrangel.

Rotterdam, 28. August. Wie aus **London** gemeldet wird, erklärte **Kerenski** in einem Interview, er sei ein **entschiedener Gegner Wrangels**, in dem er genau so wie früher in Denikin und Koltschak einen **Diktator** sehe. Die Unterstützung, die Wrangel vom Auslande her geleistet werden würde, würde **alle Klassen der russischen Bevölkerung an die Seite der Sowjetregierung bringen.**

Schwere Unruhen in Irland.

Havas meldet: In **Belfast** wurden **zahlreiche Häuser in Brand gesteckt und geplündert.** In **Dundalk** wurden **zwei Warenhäuser in Brand gesteckt**; bei dem Feuer sollen drei Angestellte verbrannt sein. Vor dem **Gefängnis von Brixton** (in dem der Bürgermeister von Cork hungert) versehen **über 1000 Polizeibeamte**, darunter 300 zu Pferde, den Sicherheitsdienst, um weitere Zusammenrottungen der Menge zu verhindern. **Ein Soldat** eines englischen Regiments wurde bei einem Ueberfall **getötet** und mehrere andre verletzt. **Aus Rache hat das Regiment die Stadt Queenstown geplündert**, der angerichtete Schaden ist bedeutend. — Nach einer Reuter-Meldung wurden bei den **Unruhen in Belfast** Sonnabendabend durch das Feuer **eines** militärischen Panzerautos **sechs Zivilisten getötet und 50 verwundet.**

Neuyorker Dockarbeiter haben die Verladung von vier Dampfern verweigert, die derselben Gesellschaft wie die Baltic gehören, weil dieses Schiff seinerzeit sich der Ueberführung des (wegen Irenfreundlichkeit heruntergeholten australischen) Erzbischofs Mannix von Bord der Baltic auf ein englisches Kriegsschiff nicht widersetzt habe.

Paris, 29. August. Nach einer Havasmeldung aus London ist gestern nachmittag die **Kaserne** im Westteil von **Belfast durch die Sinnfeiner angegriffen** worden. Es kam zu einer **Schlacht**, bei der es **viele Verletzte** gab. Polizei und Truppen mußten mehrere Male mit dem Bajonett vorgehen, um die Meuterer zu vertreiben. Nach dem Matin ist gestern 24 mal in **Belfast Feuer angelegt worden.**

Proteste gegen die Inhaftbehaltung des Corker Bürgermeisters.

Paris, 28. August. **Humanité** meldet aus **London**, daß aus allen **Ländern zahlreiche Protestschreiben und Mitleidskundgebungen für den Bürgermeister von Cork** eintreffen. O'Grady richtete an Lloyd George einen **Drohbrief**, in dem er ausführt, daß eine **Annäherung zwischen England und Irland unmöglich sei, wenn der Bürgermeister sterben müsse.**

Neuyork, 29. August. Aus **Sympathie für Irland haben die Auslader an Bord der amerikanischen, französischen und belgischen Schiffe die Arbeit eingestellt.** Sie erklären, die Löscharbeiten nicht wieder aufzunehmen, ehe nicht **der Bürgermeister von Cork freigelassen** wird und der **Erzbischof Mannix seine Reise fortsetzen kann.**

Irland ersucht Frankreich um Intervention

Paris, 28. August. Der **diplomatische Delegierte der Irischen Republik hat**, wie der Petit Parisien berichtet, einen Brief an den Ministerpräsidenten **Millerand** gerichtet, in dem er den Ministerpräsidenten ersucht, **die französische Regierung möchte bei der englischen Regierung zugunsten Irlands intervenieren.**

Wie aus **Belfast** gemeldet wird, gab es im Verlaufe der **Unruhen**, die sich am Mittwochabend ereigneten, **einen Toten und 20 Verwundete.** Man meldet heute **einige 40 Brandstiftungen und 30 Verhaftungen.** Auf ein von dritter Seite eingereichtes Gnadengesuch für den Bürgermeister von Cork hat die Regierung geantwortet, daß sie bei der Verweigerung der Haftentlassung bleiben müsse.

Deutschland.

Der neue Großberliner Magistrat.

In der letzten Sitzung der Großberliner Stadtverordneten-Versammlung wurde beschlossen, den Magistrat Groß-Berlin aus **30 besoldeten Stadträten** zu bilden. Die Bürgerlichen stimmten gegen den Antrag. Auf Antrag der U. S. P. wurden die **Gehälter** für den Bürgermeister und die Mitglieder des Magistrats **wesentlich herabgesetzt.** Der Bürgermeister soll 30 000 Mk. plus 25 Proz. Teuerungszulage, die Stadträte 20 000 Mk. plus 25 Proz. Teuerungszulage erhalten. Nur für Fachstadträte ist ein höheres Gehalt vorgesehen worden. Sollten die Bürgerlichen mit den Rechtssozialisten, die gegen unsern Antrag stimmten, nachträglich höhere Gehälter beschließen, so sind unsere Genossen auf Grund eines Beschlusses der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin verpflichtet, das **Mehrgehalt an die Parteikasse** abzuliefern.

Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen.

Nach einer Wolff-Meldung ist die schon seit geraumer Zeit geplante Neuordnung des gesamten Polizeiwesens nunmehr in Angriff genommen im Sinne einer vereinheitlichten Ausübung der Polizeigewalt durch die ordentlichen Behörden und unter Beseitigung der augenblicklich herrschenden Zersplitterung und unter Verschmelzung der Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei und Gendarmerie und einer gewissen Verselbständigung der Provinzialinstanzen. Der Plan für die Neueinrichtung, die zugleich die Forderungen der einschlägigen Ententenote berücksichtigt, wird unter weitgehender Heranziehung von Fachmännern, insbesondere von Vertretern aller beteiligten Beamtenorganisationen bearbeitet. Die Fertigstellung und Durchführung des Plans ist binnen kurzem zu erwarten.

Polenfeindliche Ausschreitungen in Westpreußen.

Wie wir einer Wolffschen Meldung entnehmen, ist es in dem durch die Abstimmung wieder an Deutschland gefallenen Teile Westpreußens in den letzten Tagen mehrfach zu nationalistischen Ausschreitungen gegen Polen gekommen. In Freystadt wurde der Pfarrer aus der Kirche geholt und gezwungen, eine polnische Fahne zu verbrennen. Bei Bischofswerder ließ sich die erregte Menge zur Verletzung der Grenze hinreißen. An andern Stellen wurden polnische Einwohner zum Verlassen der Häuser gezwungen und mit Vertreibung bedroht. Die Reichsregierung hat — wie es heißt — bereits ihre „ernste Mißbilligung derartiger Vorfälle zu erkennen gegeben". Wir meinen, es ist die Pflicht der Regierung und der Behörden, derartige nationalistische Ausschreitungen unter allen Umständen zu verhindern.

Nachdrückliche Forderung auf Preisabbau.

Eine Delegiertenversammlung der Freien Gewerkschaften und der Fachbeiräte in München beschloß einstimmig, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufzufordern, der **Reichsregierung ein Ultimatum über den Preisabbau zu stellen.** Sollte die Reichsregierung ablehnen, so ist der Gewerkschaftsbund verpflichtet, die politischen Parteien sofort **zum Generalstreik aufzufordern**, um auf diese Weise die Regierung zu zwingen, den Preisabbau vorzunehmen.

* * *

Wie „entwaffnet" wird. In **Elbing** ist in den letzten Tagen eine Ortsgruppe der Technische Nothilfe gegründet worden, deren Mitglieder laut Mitgliedskarte das Recht haben, in ihren Wohnungen Waffen aufzubewahren und auf der Straße solche bei sich zu tragen. Ein Major Karnapp und ein Hauptmann Pfaffendorf gründeten außerdem eine Schutzwehr, die natürlich ebenfalls **bewaffnet** ist und bei Unruhen eingreifen will. Auf dem Jugendspielplatz wurden in den Abendstunden des 13. August Elbinger Gymnasiasten im Werfen von Handgranaten geübt. Ein Schelm ist, der sich bei alledem etwas Schlechtes denkt. Das alles ist nötig, um dem Vaterlande den inneren Frieden zu sichern und die — Entwaffnungsaktion vorzubereiten.

Was sagt der preußische Minister des Innern dazu?

Eine neue Partei der Christlichen? Nach der Germania wird in einzelnen Kreisen der Gedanke einer neuen christlich-demokratischen Volkspartei lebhaft erörtert, als deren Grundstock die christlichen Gewerkschaften zu gelten hätten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Regierungskrise in Rumänien.

Berlin, 28. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet unterm 27. August: Aus **Bukarest** ist hier die Meldung eingetroffen, daß die **Regierung Avarescu gestürzt** worden sei. Die Regierungsbildung habe der **Sozialist** (?) **Florescu** übernommen, der ein **sozialistisches Kabinett** bilden wolle. (??)

*

Der letzte Teil der Meldung klingt sehr seltsam. Einem wirklich sozialistischen Kabinett würde in Rumänien jede feste Grundlage fehlen, da die sozialistische Partei zur Zeit nur eine Minderheit im Lande ist. Vielleicht handelt es sich um eine kleinbürgerlich-bäuerliche Partei, die sich unbefugterweise das Etikett sozialistisch anklebt.

Unabhängigkeit Aegyptens?

Paris, 23. August. Nach einer Meldung des **Matin** aus **London** soll sich die **englische Regierung entschlossen haben, Aegypten die Unabhängigkeit zu gewähren.** Das **Protektorat** vom 18. Dezember 1914 solle **aufgehoben** werden. **Aegypten** werde das Recht haben, **selbständig im Auslande diplomatisch vertreten** zu sein und **Mitglied des Völkerbundes** zu werden. Das **englische Besatzungsheer solle zurückgezogen werden** und nur in Suez sollten noch **englische Streitkräfte** verbleiben, die den Zweck hätten, den **Suezkanal zu schützen.**

* * *

Streik beim Papst. Wie das italienische Blatt Corriere della Sera meldet, sind die Angestellten des **Vatikans** zwecks Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage **in den Streik getreten.** Die Angestellten der vatikanischen Gärten haben beschlossen, bis zur Bewilligung ihrer Forderungen nur einen Teil der Arbeiten zu verrichten. Nach einer späteren Meldung erklärten sich die Angestellten des Vatikans mit der vorgeschlagenen Regelung ihrer Lohnforderungen, einer monatlichen Zulage von 60 Lire, **nicht** einverstanden und beschlossen, die Lohnbewegung fortzusetzen. — Was doch in der neuen Zeit nicht alles möglich ist! Nun wird sich der Papst schließlich noch nach einer passenden Unternehmerorganisation umsehen müssen, die seine Interessen gegenüber den anspruchsvollen Angestellten wahrnimmt.

Ermordung eines italienischen Kommandanten in Palästina. Nach Blättermeldungen aus Jerusalem ist der italienische Kommandant Levi Bianchini von arabischen Nationalisten ermordet worden.

Von Nah und Fern.

Riesenfeuer im Hafen von Genua.

Paris, 30. August. Nach einer Radiomeldung aus **Genua** ist im dortigen **Hafen** ein **gewaltiger Brand** ausgebrochen. Das Feuer, das noch weiter wütet, habe für mehrere hundert Millionen Waren, hauptsächlich Oele und Benzin, vernichtet. Wie die Agenzia Stefani meldet, ist das Feuer durch eine **Explosion auf einem Frachtkahn entstanden. Zwanzig Frachtschiffe mit Waren seien vernichtet worden.** Personen seien nicht zu Schaden gekommen.

Sprengstoff-Explosion in Rumburg.

Prag, 28. August. Czesko Slowo meldet aus **Rumburg**: Im Keller eines Hauses **explodierten** dort hingelegte **Sprengstoffe** durch Unvorsichtigkeit des Hauseigentümers. Das **Haus wurde zerstört** und die umliegenden Gebäude beschädigt. Der **Hauseigentümer** selbst wurde **getötet** und zwei **Personen verletzt.**

Cholera und Hungersnot in China.

London, 29. August. Times meldet aus **Peking**: Nördlich von Hunan breitet sich die **Cholera** in das Gebiet von Tschili aus. Viele Dörfer in der Nähe der Peking—Hankau-Eisenbahn sind schwer heimgesucht worden. Ganz Nordchina ist **infolge des** Ausbleibens der Frühlings- und Sommerregenfälle von **Hungersnot** bedroht. Dazu kommen noch die Zerstörungen, die durch große Schwärme von **Heuschrecken** angerichtet wurden.

Hochwasser im Neiße-Gebiet.

Görlitz, 28. August. Infolge des anhaltenden mehrtägigen Regens führen die Neiße und ihre Nebenflüsse Hochwasser. Die Neiße stieg von gestern nachmittag bis heute nachmittag von 1,60 Meter auf 2,45 Meter. Von Zittau wird ein weiteres Steigen des Wassers gemeldet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Rast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Pfiller, Dorsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Sparen ohne Einschränken

ist keine Kunst, wenn Sie Continental-Absätze tragen. Durch ihre grosse Haltbarkeit — Leder übertreffend — verringern Sie Ihre Ausgaben. Sie haben dabei elastisch weichen Gang und erhöhte Gehleistung. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Herbstmesse 1920!

Rosa und Josefa Blazek

die einzig lebenden zusammengewachsenen Schwestern mit ihrem Sohn Franzel

2 Mütter u. 1 Kind! Größtes Weltwunder unserer Zeit!

Riesen- und Zwerge-Schau

Liliputaner-Varieté-Theater

Der größte Mann, der je in Westfalen gelebt, der deutsche **Riese Goliath.** Als Kontrast dazu: **Prinz Colibri,** der kleinste Mensch, 65 cm groß

Eine Truppe der kleinsten Damen u. Herren

darunter hervorzuheben die

3 Geschwister Liliput

Es sind dies alles gutgeschulte und ausgebildete **Varieté-Künstlerinnen** und **Künstler I. Ranges,** welche im Rahmen der Varietékunst eine komplette Vorstellung geben.

Die kleinen Damen werden als erstklassige **Chansonetten, Soubretten, Vortragskünstlerinnen** und **flotte Tänzerinnen** auftreten; die Herren als **Gymnastiker, Akrobaten, Instrumental- und Zauberkünstler, Schnellmaler, Athleten, Boxer, Humoristen** und **Komiker.**

Die Vorstellung übertrifft alles Dagewesene

FE-WY

Herren-Anzüge nach Mass

HOLLENKAMP

REICHSSTR. LEIPZIG ECKE BRÜHL

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1416.)

Montag, den 30. August 1920

Bei aufgehobenem Anrecht:

3. Meß-Sondervorstellung:

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komisch-phantastische Oper mit Tanz in 3 Akten, nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel von S. H. Mosenthal.

Musik von Otto Nicolai.

Musikalische Leitung: Professor Otto Lohse.

Bühnenleitung: Georg Marion.

Personen: Sir John Falstaff (Hans Müller); Herr Fluth (Walter Soomer); Herr Reich (Emil Hervelling); Fenton (Hans Lißmann); Junker Spärlich (Walter Eßhner); Dr. Cajus (Oskar Laßner); Frau Fluth (Cläre Hansen-Schultheß); Frau Reich (Frieda Schreiber); Anna Reich (Rosa Lind); Der Wirt (Wilh. Schumm); Der Kellner (Heinrich Scholz); Bürger von Windsor (K. Leisner, F. Buksch, G. Bärwinkel).

Bürger und Frauen von Windsor, Masken.

Im 3. Akt: Mummenschanz, angeordnet von Emma Grondona.

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Besetzungsänderungen vorbehalten.

Erhöhte Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 31. August: Bei aufgehobenem Anrecht: 4. Meß-Sondervorstellung: Zar und Zimmermann. Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 1. September: Bei aufgehobenem Anrecht: 5. Meß-Sondervorstellung: Tannhäuser. Anfang 7½ Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Fernruf 1416.)

Montag, den 30. August 1920

Der Liebestrank.

Schwank in 3 Akten von Frank Wedekind.

In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Fürst Iwan Michailowitsch Rogoschin (Karl Ebert); Lisaweta Nikolajewna, seine Gemahlin (Tilly Hesse); Enjuscha, Aljoscha, ihre Kinder (Herta von Walter, Josefa Morgen); Katharina Alexandrowna Gräfin Tolsky, Verwandte des Fürsten (Käthe Wittenberg); Fritz Schwigerling (Herbert Hübner); Cölestin Leboeuf, Kammerdiener (Fritz Reiff); Tatjana, Kammermädchen (Marianne Berger); Nikita, Kolja, Reitknechte (Hans Bekler, Wilhelm Engst).

Das Stück spielt auf dem Gute des Fürsten Rogoschin in der Nähe von St. Petersburg.

Pause nach dem 2. Akt.

Erhöhte Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 31. August: Die Marquise von Arcis. Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 1. September: Meine Frau, die Hofschauspielerin. Anfang 7½ Uhr.

Der Einlaß von Besuchern in den Zuschauerraum des Neuen und Alten Theaters nach Beginn der Vorstellung ist verboten. Vor allen Dingen haben im Neuen Theater Besucher des ersten und zweiten Saalplatzes keinen Zutritt mehr zum vierten Saalplatz.

Die Tageskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Theater in der Elsterstraße, Kammerspiele. Fernr. 12300.

Der große Erfolg! **Der große Erfolg!**

7½ Uhr **Heute:** 7½ Uhr

Gastspiel des Berliner Residenz-Theaters

Das höhere Leben

Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann

mit

Eugen Burg, Rosa Valletti, Olga Limburg, Julius Falkenstein, Hansi Schaffer, Tilli Wötzel, Erich Bartels.

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.

Täglich Moderne Tanzaufführungen

Tel. 33034. Straßenb. 15, 17, 18. Tel. 11607.

Heute Montag

D. H.-Kasino mit Bar

Künstler- und Schrammel-Musik.

Heute Montag, 6 Uhr

im großen Festsaale der glänzende

Mess-D.-H.-Ball!

Voranzeige!! Morgen Dienstag **Meß-D.-H.-Ball.**

Etablissement Felsenkeller

7½ Uhr. **Nur 3 Tage!** 7½ Uhr.

Heute Montag, den 30. August — Dienstag, den 31. August Mittwoch, den 1. September

Berliner Gastspiel

der große Sensationserfolg

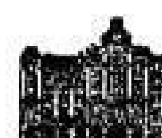
Evchen Humbrecht

Sittenschauspiel in 5 Akten nach H. L. Wagner.

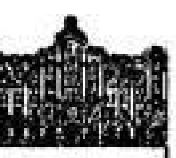
Kassenöffnung 6 Uhr.

Die Vorstellungen finden im Saal statt.

Die grünen Gutscheine für die Kammerspiele haben Gültigkeit.



Volkshaus



Kaffee Kuchen

Küche Keller

Morgen Dienstag ab 6 Uhr

Eine Meß-Feier im Orient

Leben und Treiben in Konstantinopel.

Herrliche Dekoration ∴ Brillante Illumination

20 Mann starkes Schütze-Orchester.

Nachtfalter

Allabendlich **7½ Uhr** *Hainstraße 18*

Erstklassige Kabarett-Darbietungen.

Eine gute Gose

trinkt man in:

Restaurant Buchholz, Dorotheenplatz; Fiedlers Gosenstube, Klostergasse 7; Fröhlichs Gosenstube, am Kristallpalast; Große Tuchhalle, Brühl 2; Gosenschlößchen, Plagwitz, Alte Straße 6; Goldner Helm, Eutritzsch; Kümmel-Apotheke, Eutritzsch; Schulzes Gosenstube, Turnerstraße 5.

Schiller-Schlösschen

Heute Montag, ab 6 Uhr

Großer Mess-Ball.

Auftreten von **Tilly** und **Fred.** Moderne Tänze.

Voranzeige! Freitag, den 3. September

Großer Damen-Ball.

Eintritt: Herren 3 Mk., Damen 2 Mk. Tanz frei.

Eiskeller L.-Connewitz Morgen von 7 Uhr an **Feiner Ball.**

Gosenschlösschen, Eutritzsch.

Heute Montag **Damen-Ball!**

Mokka-Schokolade 100 g ℳ 6.50

Kakaohaus Norden

Eutritzsch.Str.6, Ecke Berl.Str

Phot. Vergrößerungen

in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert

Proessdorf

Laden: **Bayersche Str. 41.**

Ich will mich beliebt mach. durch meine saubere und preiswerte Arbeit.

Ferd. Fischer

Uhrmacher.

Tauchaer Straße 10.

Neues Operetten-Theater.

Dolestraße. (Fernruf 2484.)

Montag, den 30. August 1920

Eine Nacht in Venedig.

Operette in 3 Akten von F. Zell und R. Genée. Musik von J. Strauß. In Szene gesetzt von Jos. Groß. Musikal. Leitung: Dr. Max Hochkofler.

Personen: Guido, Herzog von Urbino (Kurt Wolfram); Bartolomeo Delacqua, Stefano Barbaruccio, Giorgio Testaccio, Senatoren von Venedig (Rud. Under, Jos. Trautmann, Willi Burg); Barbara, Delacquas Frau (Charl. Schildbach); Agricola, Barbaruccios Frau (Emmy Navarra); Constantia, Testaccios Frau (Anna Daniel); Annina, Fischerstochter, Barbaras Milchschwester (Mela Schenker); Caramello, des Herzogs Leibbarbier (Walter Grabe); Pappacoda, Maccaronikoch (Rudi Glaser); Ciboletta, Mädchen im Dienste Delacquas (Frieda Reith); Enrico Piselli, Seeoffizier im Dienste der Republik Venedig, Delacquas Neffe (Herm. Engelmann); Centurio, Page, Lakai, Diener des Herzogs (Sabine Herbig, Edmund Aurich); Rosburga, Macedonia, Castilliana, Petronilla, Liberia, Senatorsfrauen (Anni Felsegger, Anni Eichler, Hermine Lobse, Ellen Antenburg, Mariel Büttner); Ein alter Fischer (Paul Schubert); Eine Obstverkäuferin (Johanna Bennewitz); Ein Wasserträger (Karl Diepmann); Ein Bohnenhändler (Joseph Philipp); Peppino, ein Junge (Kleiner Zistinack); Erste, Zweite Taube (Erna Hansen, Margot Moor).

Pause nach dem 1. und 2. Akt.

Erhöhte Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Dienstag, den 31. August: **Fräulein Puck.** Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 1. September: **Die schöne Helena.** Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Viehweg. Fernruf 1060

Montag, den 30. August 1920

Gastspiel Anton Franck.

Zum 82. Male:

Zwangseinquartierung.

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

In Szene gesetzt von Anton Franck.

Personen: Kommissionsrat Anton Schwalbe, Fabrikbesitzer (* * *); Gerhard, sein Neffe (Hans Merkel); Mathias Offermann, sein Kompagnon (Kurt Neukirchen); Helene, seine Tochter (Käthe Franck-Witt); Dr. Hans Hedwig (Karl Zeller); Stella Kerckhoff (Nora Ritsch); Wilhelm Lemke (Werner Braunhoff); Auguste Kleinchen (Olga Beckow); Anna, ihre Tochter, Köchin bei Schwalbe (Fritzi Eggeling); Karl, Diener bei Schwalbe (Kurt Paulus); Frau Bollmann, Portiersfrau (Mel. Krüger-Michaelis).

* * * Kommissionsrat Anton Schwalbe . . . Anton Franck

Ort der Handlung: Eine große Provinzstadt.

Pause nach dem 2. Akt.

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9½ Uhr.

Dienstag, den 31. August: **Letztes Gastspiel Anton Franck: Zwangseinquartierung.** Anfang 7½ Uhr.

Mittwoch, den 1. September: **Musik.** Anfang 7½ Uhr.

Die Jahreskarten für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden ausgegeben täglich von vorm. 10 Uhr bis abends 6 Uhr. Neuanmeldungen für die Theatergemeinde zur gleichen Zeit. Die Abnahme der Jahreskarten muß möglichst persönlich erfolgen, da noch eine Unterschrift zu leisten ist. Der Anteilschein ist mitzubringen.

Leipziger Volksbühne.

Bayersche Straße 810. Fernruf 11111.

Leitung: Robert Overweg.

Dienstag, den 31. August, abends 7½ Uhr: Serie 20.

Knrith-Vnrith.

Krystall-Palast

Theater Fernruf 121

Monat August 1920:

Das grosse

Jubiläums-Varieté-Programm.

Anfang ½8 Uhr. **Anfang ½8 Uhr.**

Battenberg

Varieté.	**Theater.**
Täglich abends ½8 Uhr:	Abends ½8 Uhr:
Das grosse Mess-Varieté-Programm	**„. . . . . Wat ick jern hab!"**
Dienstag, den 31. August: Ehrenabend für Franz Tielscher.	Ein heiteres Stück von Kirchhoff u. Hilmar. Morgen: **„. . . . Wat ick jern hab!"**

Vorverk.: Tagesk. Zig.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr

Die größte Sensation der Saison!

Gastspiel

Ballett Georges Blanvalet

in

Der Venusberg

Ballettfragment aus der Oper „Tannhäuser".

Vorher:

Der große Meß-Varieté-Spielplan

mit **Max Hansen**

Dänemarks bester Operetten-Komiker.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/4
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. August.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, den 11. September, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Schwarze-Kunst, Ecke Blumengasse und Kreuzstraße. Erscheinen aller ist notwendig.

Ortsverein L.-Ost. Heute Montag, abends ½8 Uhr, in der Silberpappel Diskussionsabend. Freitag, den 3. September, abends ½8 Uhr, ebenda Rechtsschule des Genossen Schmidt.

Stötteritz-Thonberg. Frauen! Unser nächster Diskussionsabend findet morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Stadt Hof, Stötteritzer Straße, statt. Referent ist Genosse Kretzschmar.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen werden nochmals darauf hingewiesen, daß heute abend Genosse Nyssel in den Westendhallen über: Die Stellung der USPD. zur gegenwärtigen politischen Lage spricht. Die äußerst wichtige Tagesordnung verpflichtet ganz besonders die Funktionäre und politischen Obleute, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Ortsverein Oetzsch-Gautzsch. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, Redeübungs- und Diskussionsabend im Restaurant zur Post.

Bildungsausschuß. Dienstag, den 31. August, abends 6 Uhr, Sitzung im Geschäftszimmer, Braustraße 17.

Gruppenrat I. Dienstag, den 31. August, abends 7 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftskartell, Hotel Viktoria, Gerberstr. 1, Zimmer 104.

Betriebsräte Rötha. Mittwoch, den 1. September, abends 7 Uhr, Vortragsabend in der Schule, Zimmer 9.

Jugend heraus!

Die proletarische Jugend rüstet sich, um nach langer Zeit wieder einmal aus ihrem Verborgensein herauszutreten. Die ihr noch fernstehenden Schichten, die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter, nicht zuletzt die erwachsene Arbeiterschaft soll erfahren, daß sich das junge Proletariat zusammengeschlossen hat und nach seinen Kräften seine Arbeit leistet. Abseits von den großen Kämpfen rang die Jugend um ihre Forderungen, unverstanden von den Alten, zurückgedrängt von den Gegnern. Unablässig rüttelte sie an den alten Schranken, trug ihr Ideal mit heißer Brust unter die Schlafenden, in die Fabriken und Schulen. Nun steht sie da und will ihr Bekenntnis ablegen zum internationalen Gedanken, zum internationalen Kampf gegen die Welt der Ausbeutung und des Völkerhasses. Der 5. September wird gefeiert als internationaler Jugendtag. In allen Ländern strömt die proletarische Jugend zusammen, hält Heerschau, gedenkt ihrer Opfer, tauscht Grüße und gelobt, weiterzukämpfen. Ueberall schallt der Ruf: Jugend heraus!

Die Umwälzungen sind nicht spurlos an unsrer Jugend vorübergegangen. Darüber sind einige Worte notwendig denen, die heute oft kopfschüttelnd vor neuen Tatsachen stehen und sie nach alten Begriffen meistern wollen. Unsre Jugend ist eine andre geworden und hat sich ihr Ziel weiter gesteckt. Die ehedem Geführten arbeiten heute selbständig, mußten sich darauf einstellen, da ihnen der Krieg die älteren Berater nahm, die, wenn sie heimkehrten, durch andre Pflichten gebunden wurden. Selbstbewußter ist unsre Jugend geworden, da sie bei ihrer Arbeitsleistung vielfach an den verwaisten Platz der Aelteren treten mußte. Verschwunden ist der scheue Lehrling und das junge Mädchen mit niedergeschlagenen Augen. Ein neues Geschlecht ist herangewachsen und fordert sein Recht. Das mag nicht immer geschehen sein in Innehaltung gewohnter Höflichkeitsformeln, und die Stirn der Alten runzeln lassen. Doch sie sollen in der Jugend die neue Generation sehen, die sich das ewige Bücken und Ducken und gnädige Blicke hoffend abgewöhnt. Jene Jugend, die beim Ausbruch der Revolution, weil die Alten sie vergaßen, selbst um ihren Sechsstundentag, um die Verkürzung der Lehrzeit, um die Neuerung der Fortbildungsschule kämpfte, ist nicht gering zu achten, auch dann nicht, wenn sie glaubte, mit einem Schlag alles zu erreichen. Wem in jungen Jahren Kämpfermut fehlt, wird ihn später kaum finden. Weiter geht der Kampf. Rücksichtslos wird die junge Arbeitskraft angepackt, vor uns steht das junge, unterernährte Proletariat mit seinen blassen Gesichtern und schwachen Gliedern in dürftiger Kleidung. Oft sehen wir sie bei politischen Kundgebungen. Warum sollten sie fernbleiben? Der alte zertrümmerte Staat macht der Jugend begreiflich, daß sie mit 17 Jahren reif ist fürs Schlachtfeld. Darum erhebt sie ihre Stimme, wenn neue Gefahren drohen. Wir brauchen ein Geschlecht, das dauernd auf dem Posten steht.

Und wie sich diese Dinge gewendet haben, so hat sich auch die Organisation geändert. Die Jugend ist aus den alten Bahnen getreten und hat sich neue Wege gesucht, hat getastet und sucht weiter. Sie will nicht im Parteistreit versinken, sie ist gewillt, für das gesamte revolutionäre Proletariat zu arbeiten. Sie lehnt den Kampf untereinander ab; auf ganzer Linie Klarheit zu schaffen, ist ihr Ziel. Höher als eine Partei steht ihr die Einheit des Proletariats. Weil dieses Ziel ein so hohes ist, sollte jeder Versuch, die jungen Kämpfer nach Schablonen zu schulen, aufgegeben werden. Er wird auf harten Widerstand stoßen. Notwendiger als dieses ist, daß unsre Jugend ihren Blick weitet und beengende Formeln zerbricht. Hand in Hand mit der erwachsenen Arbeiterschaft wird die Jugend um ihre Forderungen und Ideale ringen. Zu diesem Kampf ruft sie alle aus den Tanzsälen und Kinos, aus den Grüppchen, in denen mit Unsinn und Fexerei die Zeit vertrieben wird, und will sie bewußt in unsre Tage stellen. Da heißt es nicht nur für die Jugend, sondern auch für die erwachsene Arbeiterschaft: Ans Werk! Vor allem dann, wenn die Jugend für den internationalen Gedanken sich rührt. In den Familien, in den Fabriken sind die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen aufzumuntern, in die Versammlungen zu schicken. Auch die Alten sollten den Weg nicht zu weit finden. Tritt hier neue Auffassung entgegen, so soll, was gesund ist, begrüßt werden. Die alte Welt sinkt zusammen, aus den Trümmern reckt sich neues Leben. Wer das mit alten Augen leuchtend sieht, betrachtet seine Arbeit nicht als vergebens. Wir brauchen eine kampfesfrohe Jugend und sollten, wo wir sie finden, sie unterstützen. Sie rüstet zum internationalen Jugendtag. Eine neue Internationale baut sich auf und daran nimmt die Jugend lebhaften, glühenden Anteil.

Jugend heraus!

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Leipzig.

Der Ortsschutz für Leipzig.

Am 16. Juni hat das Stadtverordnetenkollegium einen Antrag der unabhängigen Fraktion angenommen, der den Rat ersuchte, für die Bildung eines Ortsschutzes eine Vorlage nach den Richtlinien des Ministeriums vom 3. Mai 1920 auszuarbeiten. Diesem Ersuchen hat der Rat mit einer Vorlage entsprochen, nach der ein Ortsschutz in Stärke von zunächst 1000 Mann gebildet werden soll. In der Vorlage sagt der Rat:

„Nach dem Ergebnis der auf die Entwaffnungsfrage bezüglichen Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Entente auf der Konferenz in Spa kann es zunächst allerdings wohl bis zu einem gewissen Grade zweifelhaft erscheinen, ob die Möglichkeit der Bildung eines „Ortsschutzes" überhaupt noch besteht. Da aber die Richtlinien des Ministeriums des Innern vom 3. Mai d. J., die auch nach Ihrem Beschluß die Grundlage des neuzuschaffenden Ortsschutzes bilden sollen, mit voller Deutlichkeit erkennen lassen, daß dieser, auf der Selbstverwaltung der Gemeinden aufgebaut, nichts andres als eine Ergänzung und Unterstützung der örtlichen Polizei sein und lediglich dem Schutze von Leben und Eigentum der Einwohner sowie von lebenswichtigen Betrieben dienen soll, glaubt der Rat, zunächst doch annehmen zu sollen, daß gegen die Neubildung des Ortsschutzes als einer rein polizeilichen Einrichtung Bedenken auch von den Regierungen der alliierten Staaten nicht zu erheben sein werden, wobei es allerdings vorläufig noch völlig dahingestellt bleiben muß, ob, in welchem Umfange und in welcher Weise eine Bewaffnung der Mitglieder des Ortsschutzes wird erfolgen können.

Der Rat hat deshalb in seiner Sitzung vom 30. Juni d. J. in Verfolg Ihres Beschlusses wie folgt beschlossen:

1. Nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern vom 3. Mai 1920 einen „Ortsschutz" in Stärke von zunächst 1000 Mann aufzustellen.
2. Gemäß Ziffer 5 dieser Richtlinien einen Vertrauensausschuß — gemischten Ausschuß — zu bilden, der aus 4 Mitgliedern des Rats, 4 Stadtverordneten und 4 Bürgern der Stadt besteht.
3. In diesen Vertrauensausschuß vom Rat die Herren Stadträte Dietze, Dix, Friedrich und Graf zu entsenden.
4. Den Vorsitz in diesem Vertrauensausschuß Herrn Stadtrat Dix zu übertragen.
5. Zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen ein Berechnungsgeld von zunächst 100 000 Mk. aus Betriebsmitteln zu bewilligen.

Der Rat betont dabei nochmals besonders, daß sowohl bei der Bildung des Ortsschutzes, die einen übereinstimmenden Beschluß der städtischen Kollegien und die Genehmigung dieses Beschlusses durch die Kreishauptmannschaft voraussetzt, als auch bei der künftigen Verwendung des Ortsschutzes, die ebenso wie die Aufbewahrung und Ausgabe der diesem gleichfalls mit Genehmigung der Kreishauptmannschaft etwa zuzuteilenden Waffen, Sache des Polizeiamtes ist, die mehrfach erwähnten ministeriellen Richtlinien vom 3. Mai d. J., deren Abdruck in der Anlage beifolgt, in allen ihren Bestimmungen strengste Beachtung zu finden haben.

Dazu gehört insbesondere auch — Ziffer 3 —, daß Mitglieder des Ortsschutzes nicht etwa nur Angehörige bestimmter politischer Parteien oder bestimmter gewerkschaftlicher Organisationen, sondern vielmehr alle unbescholtenen, mindestens 24 Jahre alten, körperlich rüstigen und auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung stehenden Einwohner der Stadt sein können, wenn sie die den Richtlinien als Anlage beigefügte Erklärung in schriftlicher Form abgeben. Für irgendwelche Sonderorganisationen, auch wenn sie demselben Zwecke zu dienen bestimmt sind, ist neben dem Ortsschutz kein Raum mehr; soweit sie etwa bereits bestehen sollten, müssen sie unverzüglich aufgelöst werden."

Der Rat will „zunächst" 1000 Mann zum Ortsschutz heranziehen. Das ist entschieden zu wenig, wenn der Ortsschutz seinen Zweck erfüllen soll. Wenn der Ortsschutz aufgerufen werden sollte, dann müßte er zur Besetzung der öffentlichen Gebäude, zur Bewachung von Lebensmittelvorräten usw. verwendet werden, er müßte weiter auch Patrouillen durch die Straßen schicken. Ferner müßte der Ortsschutz zahlenmäßig groß genug sein, an bedrohte Stellen Verstärkung zu schicken. Dazu kommt, daß die Mitglieder des Ortsschutzes doch nicht dauernd im Dienst sein könnten. Ein Drittel des Ortsschutzes müßte mindestens abwechselnd Ruhe haben. Aus diesen praktischen Erwägungen ergibt sich, daß 1000 Mann auch nicht entfernt den Anforderungen genügen können, der Ortsschutz müßte vielmehr mindestens 3000 Mann betragen. Wenn der Rat dagegen einwenden sollte, daß durch die stärkere Besetzung des Ortsschutzes größere Kosten erwachsen, so ist dagegen zu erwidern, daß die Tätigkeit der Mitglieder des Ortsschutzes völlig ehrenamtlich erfolgt. Das vorgesehene Berechnungsgeld von 100 000 Mk. besagt noch gar nichts darüber, wie hoch die Kosten des Ortsschutzes sein werden. Jedenfalls würde durch eine Mitgliederzahl von dreitausend Mann nicht wesentlich höhere Ausgaben für die Organisation des Ortsschutzes erwachsen, als bei 1000 Mann. In der vom Rat vorgeschlagenen geringen Stärke des Ortsschutzes kommt die Abneigung des Rats gegen den Ortsschutz zum Ausdruck, er möchte offenbar am liebsten überhaupt nichts von der Einrichtung wissen.

Die Leipziger Mustermesse

nahm am Sonntag ihren Anfang. Die Straßen im Meßviertel zeigen das den Leipzigern wohlbekannte Bild. Reklameumzüge, hin- und herwogende Menschenmassen, überfüllte Gasthäuser.

Die diesjährige Herbstmesse hat nicht den Riesenbesuch zu verzeichnen, den die Frühjahrsmesse 1920 aufzuweisen hatte. Die Zahl der Aussteller soll wohl 12 000 betragen, aber wenn die Messe ihren Zweck erfüllen soll, muß sie von vielen Einkäufern besucht sein, und es müssen vor allem zahlreiche und umfangreiche Bestellungen und Abschlüsse gemacht werden. Die Technische Messe hatte nach dieser Richtung kein gutes Resultat erreicht. Auch die Mustermesse wird nicht den Erfolg der Frühjahrsmesse haben. Der Käufer zeigt Zurückhaltung; er prüft die Ware, er prüft vor allem die Preise; er kauft nicht drauflos, denn er weiß, daß die Läger noch gefüllt sind, und daß sie schwer zu räumen sind, weil die arbeitende Bevölkerung nicht kaufkräftig ist. Und nach dem Ausland können die Waren auch nicht in Riesenmengen sofort gebracht werden. Die Inlandpreise sind gestiegen; die Valuta steht nicht so schlecht wie im Frühjahr; Das kapitalistische Ausland macht nicht mehr so große Einkäufe in Deutschland wie vor einiger Zeit. Dazu ist die Ausfuhrkontrolle gekommen; das Reich will den Ausfuhrgewinn nicht völlig der Industrie und dem Großhandel überlassen; es will einen Anteil davon haben.

Obwohl die Preise für manche Produkte herabgesetzt worden sind, wird auf der Messe nicht stürmisch eingekauft. Erhält die Industrie wenig Aufträge, so bedeutet das für die Arbeiterschaft geringe Erwerbsmöglichkeit, Arbeitslosigkeit, vermehrte Not. Da unter den jetzigen Verhältnissen keine Aussicht auf einen besseren Inlandsmarkt besteht, so sind die Blicke der Industriellen und der Großhändler vor allem auf den Auslandsmarkt gerichtet. Mag die eigene Bevölkerung von allem entblößt sein, was schert das die kapitalistische Profitwirtschaft. Sie setzt ihre Produkte nur dort ab, wo sie den größten Gewinn erzielt. Deshalb muß sich die arbeitende Bevölkerung gegen sie wenden, deshalb muß sie die sozialistische Bedarfswirtschaft erstreben und einrichten, deren Ziel die Versorgung der eigenen Bevölkerung mit Produkten ist und die mit dem Ausland in einen Austauschverkehr tritt, damit sie das erhält, was sie braucht, aber nicht hat. Und dafür gibt sie ab, was sie hat und entbehren oder produzieren kann. Die Fabrikanten und Händler, die jetzt in Leipzig sind, wollen von einer solchen Wirtschaft nichts wissen. Sie wurzeln in der kapitalistischen Profitwirtschaft, die sie stützen, die sie verteidigen, und ohne die sie sich ein Wirtschaftsleben gar nicht denken können.

Die Studentin oder Neubau.

15] Von August Strindberg.

III.

„Ist die Doktorin zu Hause?" fragte die Patientin an eine Tür klopfend, die mit einem Messingschild versehen war, auf dem „Docteur Medecin Blanche Chappuis" stand.

„Die Doktorin ist krank," antwortete Tante Berthe, „aber ich will fragen, ob sie empfängt."

Mademoiselle Berthe, die in den kummervollen Jahren, die dem Verluste ihres Vermögens folgten, bedeutend gealtert war, ging in Blanches Zimmer hinein, um zu fragen, ob sie empfangen könne. Das war ganz dunkel, und auf dem Sofa lag Blanche mit Binden um den Kopf. Und sie hatte wie gewöhnlich ihre zwei Tage gelegen, ohne etwas verzehren zu können, in brennendem Kopfschmerz, unfähig, sich zu bewegen und zu sprechen. Einmal im Monat war sie eine Leiche, wie sie es nannte; und ein Heilmittel gab es nicht.

„Es ist eine Patientin," sagte Tante, so mild wie möglich.

„Laß mich in Ruhe," brauste das arme Weib auf und wand sich auf dem Sofa.

„Aber liebe Blanche, du weißt doch, wie schwer wir es haben."

„Ich weiß, ich weiß! Ist es der Kaufmann oder der Schlächter? Ich ertrage das nicht."

„Aber liebes Kind, wir müssen doch leben, und du darfst die Patienten nicht fortgehen lassen. Du mußt rechnen!"

„Die Wohltäter der Menschheit sollen vom Elend der Menschheit leben," stöhnte Blanche. „Welche Widersprüche, welche falsche Stellung."

„Aber liebes Kind, alle, die geboren sind, müssen doch auch leben, und wenn du nicht so brüsk wärest und deine Patienten verscheuchtest, so könntest du es gut haben."

„Ja, wenn ich jener reichen Frau nicht gesagt hätte, ihre Hysterie sei Ziererei, hätte ich die Damenpraxis gehabt. Aber ich heilte sie ja mit einer Karaffe kalten Wassers, und ihr Mann ist mir wohl ewig dankbar für diese Kur, wenn es auch seine Frau nicht ist! Oh! — Gib mir mein Notizbuch. Sieh nach meinen Geschäften, ich kann heute nicht lesen. Ein Nervenfieber rue de Mont-Blanc, zehn Besuche à drei Frank: wird wahrscheinlich bezahlt. Masern beim Portier route de Carouge: bezahlt nicht. Oh! Nein, das mußt du besorgen, Tante, das ist zu demütigend. Was will die Person draußen? Sag ihr, daß ich heute nicht empfangen kann! Unmöglich, hörst du! Und geh jetzt fort! Ich muß allein sein!"

Tante Berthe ging hinaus und verabschiedete den Besuch.

Blanche hatte seit der schweren Krisis in Zürich bittere Tage verlebt und viele Illusionen verloren. Sie hatte die beiden letzten Studienjahre unter vollständiger Bewachung und scharfen Kämpfen zugebracht. Sie arbeitete und arbeitete, um die eiserne Kette durchzufeilen, mit der die Vermögensverhältnisse sie an die Alten banden; und als sie schließlich mit ihrem Examen fertig war und die Freiheit kommen sollte, da saß sie wie früher mit den Alten da; jetzt waren die aber eine Last, die sie nun tragen mußte, nachdem jene Blanche solange getragen und nach dem Verlust ihrer Zinsen sich nicht mehr selbst zu tragen vermochten.

In Genf, wo sie sich niederließ, um zu praktizieren, gab es bereits mehrere Aerztinnen, so daß die Ehre, die erste zu sein, nicht mehr existierte. Außerdem konnte sie weder auf Hilfe, Rat oder Freundschaft rechnen, sei es von männlichen oder weiblichen Kameraden. Der Kampf ums Dasein war hart, und überall stieß sie auf ein: hilf dir selbst. Die männlichen Aerzte behandelten sie nicht mehr mit Höflichkeit wie eine Dame, sondern mit der Kälte, die einem Konkurrenten zukommt.

Worauf sie sicher gerechnet hatte, war natürlich Frauenpraxis. Aber da hatte sie sich sehr verrechnet, denn die Damen hatten zu einem männlichen Arzte mehr Vertrauen oder fanden mehr Gefallen an diesen kleinen intimen, allerdings für die Schamhaftigkeit peinlichen, aber doch so herzstärkenden Tête-à-têtes. An die Wissenschaft zu denken, blieb ihr keine Zeit, denn die Existenz nahm alle in Anspruch. Nach zweijähriger Praxis, unter unendlichen Kämpfen mit ihrem Zartgefühl, zwischen ihren Rollen als Wohltäterin und Geschäftsfrau hin und her geworfen, war Blanche schließlich zu einem dürftigen Praktikus herabgesunken, der nehmen mußte, was er bekam. Sie hatte viele Arme und wurde zuweilen bei schwereren Fällen als Hilfe der Hebammen gerufen. Den Reiz, ihr eigenes Brot zu essen, fühlte sie kaum, da dessen Erwerbung mit soviel Demütigungen verbunden war; und die Freiheit, die Freiheit, niemals einen Augenblick für sich zu haben, nie eine Nacht ruhig schlafen zu können, der schöne Traum war vorüber. Wenn sie aber wenigstens die Freiheit gehabt hätte, immer ihrem Gewissen folgen zu können, dem Patienten die ganze Wahrheit sagen zu dürfen; doch die harte Hand der Not zwang sie bald, den Kampf aufzugeben. Sie hatte mit den Damen einen schlechten Anfang gemacht, als sie verordnete, Schnürleib und hohe Absätze abzulegen; solche Verordnungen, meinte man, könne man sich selbst geben, ein Arzt müsse etwas „verschreiben", wenn er Vertrauen und Bezahlung verlange. Dann kam der Kampf gegen ihr eigenes Fleisch. Sie stand nun in der Blüte ihres Alters, wo sie auch als Geschlecht leben sollte, aber, nach dem Bruch mit dem ersten Manne, den sie geliebt hatte, sah sie nie mehr nach dem andern Geschlecht, und das andere Geschlecht floh sie.

Es war ein trauriges Dasein, an dem die Unruhe ums Brot nagte. Alle ihre menschenfreundlichen Gefühle wurden durch diese Gedanken, deren sie sich unmöglich ganz entschlagen konnte, besudelt.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Lustiger Abend Senff-Georgi. „Immer lustig!" das war einst die frivole Losung des „Königs von Westfalen", Jerome von Napoleons Gnaden, als er in Kassel sein Maitressen- und Schmarotzerregiment führte. „Immer lustig!" so gröhlt heute die verendende Bourgeoisie und betäubt mit krampfhafter Ausgelassenheit ihre grinsende Angst vor dem hereinbrechenden Untergang. Darum her mit Kabaretts, Dielen und Nacktänzen für die vom Geschäft des Geldraffens entnervten Mejonkels. Darum her mit dem Lustigmacher Senff-Georgi aus Dresden, auf daß er mit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aber ihre Wirtschaft ist todkrank, bankrott. Sie ist nicht mehr auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Zeiten des Kapitalismus sind vorbei. Der Sozialismus ringt sich empor. Auch die Leipziger Mustermesse ist ein deutlicher Beweis für das Dahinsiechen der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Gleichzeitig mit der Mustermesse ist auch die Schaumesse draußen auf der großen Wiese eröffnet worden. Sie hatte gleich am ersten Tage Massenbesuch aufzuweisen. Sie ist, wie immer, „reich beschickt" und hat besonders auf die Jugend große Anziehungskraft. Der Trubel ist stark. Wenn das Wetter günstig ist, werden diese Aussteller auf ihre Kosten kommen.

Ratsbeschlüsse.

Sachleistungen für Arbeitslose. Es wurde beschlossen, aus den von der Reichsregierung für eine Beschaffungsbeihilfe an langfristige Erwerbslose für die Stadt Leipzig zur Verfügung gestellten Mitteln, zu denen das Land und die Stadt entsprechende Zuschüsse zu leisten haben, gemäß den mit den übrigen sächsischen Großstädten vereinbarten einheitlichen Verteilungsbedingungen den Erwerbslosen entsprechende Beschaffungsbeihilfen zu gewähren, die nach Möglichkeit durch Hergabe von Sachleistungen (Kleider, Schuhwerk, Erleichterung des Kohlenbezuges) erfolgen sollen. Die auf die Stadt entfallenden Mittel sind den in den Haushaltplan 1920/21 für Erwerbslosenfürsorgezwecke eingestellten Beträgen zu entnehmen.

Genehmigt wurde die Gebührenordnung für Benutzung der Krankenkraftwagen, die nach Durchführung der Verstadtlichung des Rettungswesens von der Stadt betrieben werden. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Bewilligt wurden 20 000 Mk. zu Lasten von Konto 15 ao/1920/21 zur Beschaffung von Büchern und Regalen, die der Gemeinde Leutzsch für ihre im Grundstück Hauptstraße 23 zu eröffnende, dann auch für Leipziger Einwohner benutzbare Volksbücherei leihweise überlassen werden sollen. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Noch einmal die Ferienkolonien. Zu unserm Artikel „Ferienschluß" vom 17. August schreibt uns der Vorsitzende des Vereins für Ferienkolonien:

„In Grünhaide sind bis zum 17. August d. J. nur Mädchen untergebracht gewesen. Der Berichterstatter Ihres geschätzten Blattes ist falsch berichtet worden, wenn sich Jungen über den dortigen Aufenthalt mißbilligend geäußert haben.

Im übrigen hatten wir seit Mai d. J. in Grünhaide die Quäkerspeisung und außerdem so reichliche Zuteilung, daß, wie auch die Gewichtzunahme beweist, eher von einer Luxuskolonie als von einer Hungerkolonie gesprochen werden kann. Den Vorwurf, daß wir mehr Kinder auf das Land „zur Erholung" ausgeschickt hätten, als es unsre Mittel erlauben, weisen wir mit Entschiedenheit und Entrüstung zurück."

Inzwischen sind uns weitere Klagen über die Ernährung in den Ferienkolonien zugegangen. So klagt ein Vater über die Ernährung seines Sohnes in Großschweidnitz bei Löbau. Er schreibt: „Unser Sohn kam abgemagert mit einer vertrockneten Honigbemme wieder hier an. Die Eltern müssen davor gewarnt werden, für den Aufenthalt ihrer Kinder in solchen Anstalten noch Geld auszugeben. Ich habe für meinen Sohn 40 Mk. bezahlen müssen."

Alle Mietverhältnisse, mit Ausnahme der Mietverhältnisse über Mehrräume, können nach hiesigem Rechte rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes gekündigt werden, insbesondere wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt. Das Mieteinigungsamt muß vor der Entscheidung den Mieter hören und unter Umständen Beweis erheben. Da der Geschäftsgang beim Mieteinigungsamt erfahrungsgemäß im letzten Monat vor Vierteljahresschluß sehr stark ist, werden die Vermieter immer wieder darauf hingewiesen, daß Anträge auf Zustimmung zur Kündigung nur dann Aussicht auf Erledigung vor dem 1. Oktober haben, wenn sie mindestens mehrere Wochen vorher eingereicht worden sind.

Auskünfte über die Luxussteuer. Während der Allgemeinen Mustermesse wird der Referent für die Luxussteuer, Geheimer Regierungsrat Dr. Zetzsche aus Berlin, Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Interessenten mündliche Auskunft über die Luxussteuer erteilen. Geheimrat Dr. Zetzsche hält seine Sprechstunden am Montag, dem 30. August, und am Dienstag, dem 31. August, nachmittags von 4—7 Uhr, im Meßamt, Katharinenstraße 1, 3. Obergeschoß, rechts, ab.

Teuerungszuschlag zum Hebammentarif. Nach der Verordnung der Ministerien des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 7. August 1920 wird zu den Gebührensätzen für die berufsmäßigen Leistungen der Hebammen, wie sie durch die Verordnung über das Hebammenwesen vom 5. Februar 1912 (GVBl. S. 9) in Verbindung mit den Verordnungen vom 13. Februar 1918 (GVBl. S. 31) und vom 25. Juli 1919 (GVBl. S. 197), betreffend die Abänderung der Verordnung über das Hebammenwesen vom 5. Februar 1912, festgestellt sind, bis auf weiteres ein Teuerungszuschlag von 100 Prozent gewährt.

Mindergewichtiges Brot! In letzter Zeit ist, wie das Gewerbeamt schreibt, lebhaft darüber geklagt worden, daß das Brot nicht das richtige Gewicht aufweist. Es wird deshalb auf die Verordnung des Rates vom 23. September 1907 hingewiesen, wonach das Brot innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Entnahme aus dem Backofen das volle Gewicht, das auf den Broten nach Kilogrammen oder Bruchteilen eines Kilogramms anzugeben ist, haben muß. Jedem Käufer ist gestattet, das gekaufte Brot an der Verkaufsstelle nachzuwiegen. Zu diesem Zwecke haben die Verkäufer von Schwarzbrot an jeder Verkaufsstelle eine vorschriftsmäßige Wage mit den nötigen Gewichten aufzustellen. Den Käufern wird empfohlen, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen.

Ueber 12 000 Aussteller werden zur bevorstehenden Allgemeinen Mustermesse vertreten sein. Die endgültige Zahl der Aussteller für die vergangene Technische Messe ist mit 3476 festgestellt worden, so daß die Gesamtzahl der Aussteller der Leipziger Herbstmesse bis jetzt rund 15 500 beträgt. Die Aussteller der Technischen Messe und Baumesse, die auch noch an der Allgemeinen Mustermesse teilnehmen, sind dabei nur einmal gezählt.

Die Freie Presse brachte früher auch die Aufforderung: Heraus aus den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen! Jetzt wird in fast jeder Nummer Propaganda für den bürgerlichen Deutschen Fußballbund gemacht. Die beiden Vereine Eintracht und Spielvereinigung haben sich die Freie Presse als Publikationsorgan ausersehen. In der Sonntagsnummer kommt auch der Verband mitteldeutscher Ballspielvereine zum Vorschein. Bürgertum und Rechtssozialisten sind ein Herz und eine Seele. Was sagen die Arbeiter dazu?

Lebensmittelkalender für Dienstag, den 31. August.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Haferflocken: Letzter Tag — abzugeben 2 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (250 Gramm).

Erbsen: Letzter Tag — abzugeben 3 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (100 Gramm), Kriegsgefangenenmarke 13 (250 Gramm).

Kartoffeln: abzugeben Kartoffelmarke J 3/J 3.

Ausgabe. Teigwaren: Letzter Tag — bestellt mit E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (125 Gramm), Zusatzlebensmittelmarke 7 für Kriegsgefangene (250 Gramm); Fleischmarkenstreifen D 1—5 (100 Gramm).

Haferflocken: Letzter Tag — bestellt mit 20 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (250 Gramm).

Fleisch für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene: Ausgabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 1601—2400 vorm. 9 bis 1 Uhr.

Für Händler.

Schweineschmalz: Bezugskartenablieferung.

Polizeinachrichten.

Wieder ein Waschhausdiebstahl! Fast täglich werden bei der Kriminalpolizei Anzeigen über Wäschediebstähle aus Waschhäusern erstattet, ohne daß es bis jetzt möglich gewesen ist, dieser gefährlichen Spitzbuben habhaft zu werden. So wurden in der Nacht zum 25. d. M. aus dem Waschhause eines Grundstücks in der Reuß. Hallischen Straße in L.-Möckern die gesamte, im Waschkessel und in zwei Wannen eingeweichte, J. R., R. K., C. O., M. W. und D. L. gezeichnete Wäsche, außerdem aber noch eine Anzahl ungezeichnete bunte Küchenschürzen, weiße Stickereiblusen, Untertallen und Strümpfe gestohlen. — Vor Ankauf der Wäschestücke sei gewarnt. Wahrnehmungen, die geeignet sind, die Täter zu ermitteln, umgehend an die Kriminalabteilung oder nächste Wache erbeten.

Schon wieder ein Handtäschchenraub. Einer Arbeiterin von hier, wurde am 27. d. M. früh gegen 2 Uhr, als sie sich auf dem Wege zum Hauptbahnhof befand, in der Bayerischen Straße, zwischen Sidonien- und Hohen Straße, plötzlich von einem unbekannten Manne ein Bein gestellt. Gleichzeitig wurde sie von jenem von hinten kräftig an beiden Schultern gepackt und zusammengestaucht. In demselben Augenblick entriß der freche Bursche der aufs heftigste Erschrockenen die Handtasche, die sie am rechten Arme trug, und ergriff mit seiner Beute die Flucht nach der Sidonienstraße zu. Die Ueberfallene verfolgte wohl den Räuber ein Stück, verlor ihn aber bald aus den Augen. Leider ist sie infolge des ausgestandenen Schreckens und der herrschenden Finsternis nicht in der Lage, den Täter auch nur annähernd zu beschreiben. Er soll von kleiner Statur gewesen sein. Die Handtasche war von schwarzem Leder, mit ebensolchem Henkel, 15 mal 25 Zentimeter groß und mit Schieber versehen. Sie enthielt 25 Mark in Papier, eine Brotkarte auf den Namen Mina Feldmann mit Marken für 3 Pfund Brot, eine dreigliedrige weiße Perlenholzkette sowie Kleinigkeiten. Von einem etwa auftretenden Verdacht wolle man die Kriminalabteilung sofort in Kenntnis setzen.

Wer kann Angaben über folgende Unglücksfälle machen? Mittwoch, den 18. d. M., vormittags gegen ½8 Uhr, ist am Schulplatz, auf der Fahrstraße vor dem Alten Theater, eine hier wohnende Verkäuferin von einem vom Fleischerplatz her kommenden Radfahrer umgerissen worden. Die junge Dame hatte sich dabei eine stark blutende Wunde an der rechten Kopfseite zugezogen. — Weiter ist, wie schon gemeldet, am Dienstag, dem 24. d. M., nachmittags gegen ¼7 Uhr, an der Ecke des Marktes- und der Petersstraße, eine hiesige Einwohnerin von einer aus der Thomasgasse kommenden Kraftdroschke umgefahren worden, wobei sie eine Quetschwunde über dem linken Auge erlitt. Zeugen beider Unfälle wollen sich recht bald bei der Kriminalabteilung melden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Die Einverleibungsfrage vor dem Kreisausschuß.

Die Einverleibung der Orte Paunsdorf, Großzschocher, Leutzsch und Wahren nach Leipzig, die schon wiederholt Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den in Betracht kommenden Gemeinden, der Bezirksversammlung und der Amtshauptmannschaft war, beschäftigte in seiner letzten Sitzung den Kreisausschuß der Kreishauptmannschaft Leipzig. Da die Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde und Paunsdorf bereits zu einem gewissen Abschluß geführt hatten, und auch die Wünsche und Gründe der Gemeinden Großzschocher, Leutzsch und Wahren für die Einverleibung durchaus plausibel sind, hatten sowohl der Bezirksausschuß als auch die Bezirksversammlung der Eingemeindung von Paunsdorf zugestimmt und sich auch für die Einverleibung der anderen drei Orte, für die zwar noch kein fixierter Antrag vorlag, ausgesprochen. Die Amtshauptmannschaft machte gegen die Beschlüsse ihre alten Bedenken geltend, die sie ohne Zustimmung der Bezirksversammlung in einer Denkschrift dem Kreisausschuß unterbreitet hat. Sie geht dabei in der Hauptsache von Einzelinteressen der Gemeinden aus, ohne in sachlicher Weise die Gesamtinteressen zu würdigen.

Der Referent, Geheimer Regierungsrat Ebmeier, bemerkte, bei allen vier Gemeinden sei das Schulgeld an höheren Schulen Leipzigs, das für auswärtige Schüler bekanntlich doppelt so hoch ist wie für Leipzig, ein Hauptgrund für die Einverleibung. Bei einer Einverleibung würden die Schüler aus diesen Gemeinden auch nur den einfachen Satz an den höheren Schulen Leipzigs zu zahlen haben. Paunsdorf wünsche außerdem bessere Straßenbahnverbindung; es gehört ferner jetzt zum Amtsgericht Taucha und wünsche die Zugehörigkeit zum Amtsgericht Leipzig; außerdem den Ausbau von Wegen usw. Bei Großzschocher spiele außer der Schulfrage die Beschleusung eine wichtige Rolle. Man glaubt, daß Leipzig nach der Einverleibung die notwendige Vorflutschleuse schneller herstellen würde. Leutzsch erwartet den Ausbau der Frankfurter Straße durch den Wald nach Leutzsch, Einlegung der Straßenbahn und Fortsetzung der Straße nach Wahren. Wahren wünscht ebenfalls diese Straßenverbindung, ferner Wegfall der Außenbahnfahrpreise für Wahren und Errichtung eines Volksbades.

Die Amtshauptmannschaft führt in ihrer Denkschrift u. a. aus, daß durch die Einverleibung der vier Gemeinden, die zusammen 33000 Einwohner haben, die Bevölkerung des Bezirksverbandes von 138 000 auf 105 000 herabsinken würde, also um 24 Prozent. Von der Steuerkraft gingen dem Bezirksverband 29 Prozent und von der Gemeindesteuer etwa 36 Prozent verloren. Die vier Gemeinden seien keine Wohngemeinden Leipziger Arbeiter, sondern hätten selbst bedeutende gewerbliche Betriebe. Großzschocher habe 50 solcher Betriebe, davon einen mit über 1000 Arbeitern, Leutzsch 107 gewerbliche Betriebe, einen mit über 1000 Arbeitern, Paunsdorf 49 Betriebe und Wahren 57 Betriebe, darunter einen mit über 1000 Arbeitern. Es handle sich also um industrielle Gemeinwesen mit gesunder Aufwärtsbewegung. Es wäre die Möglichkeit vorhanden, daß die höheren Schulen alle vom Staat übernommen werden könnten, damit wäre die Frage des höheren Schulgeldes überhaupt erledigt. Schließlich könnten die Orte selbst höhere Schulen gründen. Die Gemeinden hofften durch die Einverleibung auch in eine höhere Servisklasse zu kommen, ob aber die Genehmigung erteilt würde, sei fraglich. Weiter führt die Denkschrift aus, der wirtschaftliche Zusammenhang sei noch kein Anlaß, daß deshalb auch ein verwaltungsrechtlicher Zusammenschluß stattfinden müsse. Es gäbe nur drei Möglichkeiten: 1. eine verbandsmäßige Organisation (Zweckverband) zu schaffen; es spreche aber hier viel dagegen; 2. die Einverleibung in weitestem Umfange; was dann vom Bezirk noch übrig bleibe, müsse Grimma und Borna zugeschlagen werden, und 3. (wie die Amtshauptmannschaft wünscht), daß man den Bezirk so bestehen läßt, wie er jetzt ist, und daß sein Bestand für die Zukunft gesichert wird.

Die persönliche Stellungnahme des Referenten ging dahin, daß eine Notwendigkeit für die Eingemeindungen nicht vorliege. Wenn aber das Ministerium sich für die Einverleibung entscheiden sollte, wären vier Bedingungen zu stellen: 1. müßte Leipzig nach dem Verhältnis der Steuerleistung der vier Gemeinden die Schulden des Bezirksverbandes übernehmen, 2. müßte Leipzig auf einen Anteil am Bezirksvermögen verzichten, 3. müßte Leipzig den Bezirksverband für den Verlust der Steuerkraft eine angemessene Entschädigung gewähren, und 4. müßte vor der Genehmigung der Einverleibung ein Vertrag zwischen Stadtgemeinde und Bezirksverband zustandekommen, wonach den übrigen Bewohnern des Bezirks gegen einen laufenden Beitrag des Bezirksverbandes die Leipziger Schulen und sonstige Kulturanstalten nutzbar gemacht werden, und zwar zu denselben Kosten wie den Leipzigern.

Justizrat Dr. Junck bemerkt: Ob diese Eingemeindungen zurzeit erfolgen, sei für die Stadt nicht von wesentlichem Interesse; Lebensfrage für die Stadt sei aber die Möglichkeit von Gebietsvergrößerung überhaupt, und da gerade die Denkschrift in einem Ergebnis gipfelt, welches die Möglichkeit ausschließen würde, so tue sich damit ein Gegensatz auf, dem die ernsteste Beachtung gebührt. Es handle sich nicht, wie in der Denkschrift angenommen sei, um kleinliche Einzelinteressen. Die Eingemeindung solle im allgemeinen nur die rechtliche Vollziehung eines schon tatsächlich bestehenden Zustandes sein. Justizrat Junck ging dann weiter auf die erhobenen Gegengründe ein, daß die Gemeinden ihre Selbständigkeit verlören, die steuerlichen Verhältnisse besser seien als in der Großstadt und das Verschwinden der Landgemeinden nicht im Staatsinteresse liege. Gewiß solle die Tragik, die nach dem eigenen Ausdruck der Denkschrift darin liegt, nicht verkannt werden. Aber immerhin ist es doch die Tragik des Bezirks als Verwaltungskörper und nicht seiner lebendigen Teile, denn die Gemeinden, die einverleibt werden, empfinden das nicht als ein trauriges Geschick, sondern als die Erfüllung ihrer Wünsche. Ein Staatsinteresse an Erhaltung eines Verwaltungsapparates an sich könne aber wohl kaum konstruiert werden, wenn er seine Aufgabe erfüllt habe, habe er zu verschwinden und anderen Gebilden Platz zu machen. In der Ministerialverordnung vom 31. 12. 19 findet sich der Satz: Damit ist auch dem Ministerium des Innern seine Stellungnahme in Einverleibungsfragen vorgezeichnet. Es kann nicht grundsätzlich allen weiteren Einverleibungen in Großstädten gegenübertreten, sondern muß von Fall zu Fall sorgfältig prüfen, ob die Verhältnisse zur Einverleibung drängen, wem diese Vorteile bringt und ob dadurch ein sozialer Ausgleich geschaffen wird. Das sei die gesunde Auffassung, die natürliche Entwicklung der Tatsachen sei das entscheidende, ihr müsse die Verwaltungspolitik folgen, nicht umgekehrt. Die Stadtgemeinde lehne nach allem den Gedankengang der Denkschrift mit Entschiedenheit ab.

Ein Mitglied der Bezirksversammlung, reso. dessen Vorsitzender, Genosse Nebrig, erklärte, daß die Denkschrift nicht die Zustimmung der Bezirksversammlung gefunden habe. Die Denkschrift sei nur von der Amtshauptmannschaft als Bezirksverwaltung hergestellt. Der Redner ging dann nochmals auf die Beschlüsse der Bezirksversammlung ein.

Kreishauptmann Lange betonte, daß sich Paunsdorf seit langem für die Eingemeindung eingerichtet habe. Er vertrat den Standpunkt, daß an sich vielleicht eine zwingende Notwendigkeit für Einverleibungen nicht vorliegt, wichtiger sei in Zukunft ein Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Stadt- und Amtshauptmannschaft. Es könnten Vereinbarungen zwischen beiden dahin getroffen werden, daß die Kulturanstalten Leipzigs den Bewohnern des Bezirks gegen entsprechende Beitragsleistungen des Bezirks zur Verfügung gestellt werden, dann würden manche Gemeinden an einer Einverleibung auch weniger Interesse haben.

Nachdem noch zwei weitere Kreisausschußmitglieder sich für die Eingemeindung ausgesprochen hatten, wurde dem folgenden Vorschlag des Kreishauptmanns zugestimmt:

„Der Kreisausschuß hat gegen die Eingemeindung Paunsdorfs grundsätzliche Bedenken nicht zu erheben. Für die Eingemeindung weiterer Orte liegt zurzeit eine zwingende Notwendigkeit nicht vor, da durch Vereinbarungen zwischen Stadt und Land sehr wohl gemeinsam und im gegenseitigen Einvernehmen kulturelle Einrichtungen geschaffen und die vorhandenen gemeinsam benutzt werden könnten (Schulen, Krankenhäuser, Museen, Theater usw.). Für die endgültige Stellungnahme wird der Wille der beteiligten Gemeinden in Betracht zu ziehen sein."

Nach dieser Entscheidung ist die Einverleibung von Paunsdorf in der nächsten Zeit zu erwarten. Auch gegen die Einverleibung der anderen drei Orte liegen keine grundsätzlichen Bedenken vor. Es wird ganz von dem Willen der Gemeinden Großzschocher, Leutzsch und Wahren abhängen, in welcher Weise und in welchem Tempo die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen.

h. **Oetzsch-Marktleeberg.** Der große, schöne Gasthof zur Linde in Oetzsch ist in den Besitz der Gemeinde übergegangen. Der Gasthof ist im Jahre 1912 fertiggestellt. Die Säle und einige Räume dienen auch in Zukunft dem Gastwirtsbetriebe, die anderen Räume nehmen die Gemeindeverwaltung auf. Das bisherige Gemeindeamt wird zu Wohnungen eingerichtet. Unser Ort hat also ein Rathaus erhalten, mit dem er sich sehen lassen kann. Ueber den Gastwirtsbetrieb sind noch keine näheren Bestimmungen getroffen, doch dürfte er später in eigene Bewirtschaftung genommen werden. Ueber die Höhe der Kaufsumme und über die Größe des Areals werden wir unsere Leser später informieren.

hr. **Oetzsch-Merkkleeberg.** Aus dem Gemeinderat. Dem Gesuch der Notstandsarbeiter um Zahlung der Kinderzulagen, wie sie die ständigen Arbeiter der Gemeinde erhalten, wurde entsprochen. Von einem Vorschlag der Regierung, die Bautätigkeit durch Einführung einer Mietsteuer zu beleben, wurde Kenntnis genommen. Dem Fürsorgeverein für Taubstumme in Sachsen wurden als Jahresbeitrag 50 Mk. überwiesen. Die Kohlenversorgung und der Ortsschutz bildeten den Schluß der ausnahmsweise kurzen öffentlichen Sitzung. Es soll versucht werden, Braunkohlen mit heranzuschaffen. Betreffs des Ortsschutzes hat die Regierung wohl Richtlinien herausgegeben, Waffen sind aber nicht vorhanden. Eine Kommission soll die Angelegenheit weiter im Auge behalten und die Geburt des Ortsschutzes vorbereiten helfen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Offizierskamarilla an der Arbeit.

„Säuberung" der Reichswehr in Sachsen.

Das Abkommen von Spa und die Reduzierung der Reichswehr auf den 100 000-Mann-Status wird von der reaktionären Offizierskamarilla benutzt, alle republikanisch gesinnten Elemente in der Reichswehr gerade in der Republik Sachsen endgültig auszuschalten. Von unterrichteter Seite wird der Dresdner Unabhängigen Volkszeitung darüber mitgeteilt:

Die jüngste Heeresverminderung, die nun nach Spa auch in Sachsen stattfinden muß, hat den ultrareaktionären, nach wie vor herrschenden Elementen in der Reichswehr gerade in unserm „Freistaat" nur Wasser auf ihre Mühlen gegossen. Von den Hunderten von Offiziersstellen, die hier auch im 100 000-Mann-Status noch bestehen bleiben sollen, werden nur, wie der Truppe bereits offiziell seitens der Heeresverwaltung mitgeteilt wurde, ganze 3 — in Buchstaben drei! — Offiziersstellen von solchen Leuten bekleidet werden, die aus dem Mannschaftsstand entnommen worden sind. Alle andern Offiziere aus dem Soldatenstand und die vielen, die noch auf die Beförderung gemäß den Versprechungen der Regierung warteten, werden kurzerhand und ohne Schonung auf die Straße gesetzt.

Es handelt sich dabei um eine geradezu brutale Vergewaltigung der Leute aus dem Volke und der nicht kappistisch Gesinnten durch die offenen und geheimen Kapp-Verschwörer aus dem privilegierten Offiziersstand. Die ehemaligen Fähnriche nämlich werden mit Sorgfalt bei der Heeresverminderung geschont und gerade ihner zuliebe müssen die sogenannten „alten Soldaten", die meist verheiratet sind, gehen.

Gerade in Sachsen hatte die Regierung ja im Anfang bei der Aufstellung der Reichswehr, die „dem Schutz der Republik" dienen sollte, mit Versprechungen an die republikanisch gesinnten Unteroffiziere und Mannschaften nur so um sich geworfen. Es sollten „sofort" die Offiziersstellen zu 30 bis 50 Prozent mit ehemaligen

---

seinen Späßen den tollen Rausch der Genußgier würze. Was er bot, war aber für die abgebrühten Geschmacksnerven der kapitalistischen Sendlinge nicht scharf genug. Darum der Besuch mäßig! Es war nämlich meistenteils wirklicher Humor und wirkliche Komikergabe, die da zum Vorschein kamen, und so etwas zieht nicht mehr recht bei einer Gesellschaft, die erst bei der Schweinerei sich zu amüsieren anfängt. Ly.

Produktive Arbeit als Bildungsprinzip im Unterricht und Erziehung heißt das Thema der Oktobertagung der entschiedenen Schulreformer, die vom 2. bis 6. Oktober in der Gemeindefesthalle in Berlin-Lankwitz (12 Minuten vom Potsdamer Vorortsbahnhof) stattfindet. Es haben Vorträge übernommen u. a. Karl Goetze-Hamburg, Fräulein Hecker vom Pestalozzi-Fröbel-Haus, Siegfried Kawerau, Hermann Kranold, Paul Oestreich, Dr. Rüstow, Elisabeth Rotten, Dr. Karl Wilke-Lindenhof. Außerdem werden voraussichtlich sprechen: Walter Rathenau, Wissel, Fr. W. Foerster. In der Eröffnungsfeier am 2. Oktober folgt dem musikalischen Beginn und den Eröffnungsansprachen ein Vortrag über Das Grundproblem der rhytmischen Gymnastik (Dr. Franz L. Müller). Im Anschluß an dieser werden auf der Stilbühne rhytmische Darbietungen und Tänze der Schule Bialonski-Berlin vorgeführt werden.

Eintritt 2 Mk. Zu den drei Vortragstagen (4., 5., 6.) berechtigen zum Zutritt, der jedermann offen steht, Eintrittskarten zu 1 Mk., zusammen also 3 Mk. Zur abschließenden Antigone-Aufführung (mit Musik nach altgriechischen Originalen, von Bernecker), einstudiert durch Knick und Hilker, kostet die Eintrittskarte 3 Mk. Besteller von Karten zu sämtlichen Vorstellungen können sofort gemeldet werden bei Dr. Franz L. Müller, Berlin-Lankwitz Charlottenstraße 52. Gegen Einsendung der Beträge erfolgt alsbald die Zusendung der Karten.

Städtebau. In dem sehr interessanten Wettbewerb zu Halle an der Saale Bebauung des Geländes an der wilden Saale erhielt Architekt und Stadtverordneter Genosse Knauthe einen 2. Preis von 2000 Mk. und einen 3. Preis von 1000 Mk. zuerkannt.

Das Gewandhaus-Sonderkonzert, das für Sonntagvormittag angesetzt war, fällt aus. Karten hierzu werden in der Theaterkasse des Meßamtes zurückgenommen (Katharinenstr. 1).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unteroffizieren besetzt werden. In Wirklichkeit hat Sachsen im Juli 1919 im ganzen 7 Feldwebelleutnants und 7 Unteroffiziere zu Offizieren der Reichswehr befördert; also noch nicht 6 Prozent sind erreicht worden. Angeblich gab es, wie die hohen Kommandostellen versicherten, keine freien Stellungen genug, obschon man die Unteroffiziere eine Erklärung hatte abgeben lassen, daß sie den Offiziersberuf ergreifen wollten und sie auf diese Weise zum großen Teil zur Aufgabe sicherer Zivilberufe veranlaßt hatte. Ehemalige Fähnriche aber wurden ruhig in großer Anzahl weiter befördert.

Die entlassenen Feldwebelleutnants werden als Unteroffiziere in die Sipo geschoben, vielleicht in der stillen Hoffnung, dadurch die Sicherheitspolizei, die die kappistischen Offiziere ja beschuldigen, „unzuverlässig" im Sinne ihrer monarchistischen Gelüste zu sein, wieder zum willenlosen Werkzeug in der Hand der Rechtsputschisten machen zu können.

Die sächsische Regierung mit ihrer rechtssozialistischen Mehrheit sieht diesen Dingen tatenlos zu. Sie wagt nicht, sich den Treibereien der Offiziersclamarilla zu widersetzen.

Für die Verbesserung des Brotes

hat sich der Beirat der Landesgetreidestelle in einer Sitzung, in der er über die schlechte Brotversorgung sprach, eingesetzt. Er hat unter anderm verlangt, daß die in dem einzelnen Verwaltungsbezirken ungleichmäßige Streckung des Brotes beseitigt wird. Ueber das ganze Reich solle eine höchstens 10 Proz. betragende Streckung des Brotes erfolgen. Die jetzt üblichen Streckungsmittel, Rübenmehl, Bohnenmehl usw., sollen nicht mehr verwendet werden. Es solle in Zukunft nur noch Hafer, Mais oder Gerste zur Streckung Verwendung finden. Die Brotration soll wieder auf vier Pfund erhöht werden. Der Beirat hat verlangt, daß möglichst viel ausländisches Getreide eingeführt wird, um dadurch die Brotversorgung zu bessern und den Schleichhandel durch ein größeres Angebot zu bekämpfen. Für das neue Erntejahr ist vorgesehen, das Getreide zu 90 Proz. auszumahlen (wie bisher). Das Brot soll in der allernächsten Zeit besser werden, da jetzt Getreide der neuen Ernte zur Verfügung steht.

Ausgabe von Rottleingeld durch die Handelskammern.

Die Vorsitzenden und Syndici der sächsischen Handelskammern sind vor kurzem an das Wirtschaftsministerium wegen Herausgabe von Kleingeld durch die sächsischen Handelskammern herangetreten, und zwar sollen hierfür sowohl 50-Pfg.-Scheine als auch 10-Pfg.-Scheine in Betracht gezogen werden. Diese Scheine sollen entsprechend der gegebenen Anregung in ganz Sachsen Gültigkeit haben und dadurch viel besser umlaufsfähig sein, als dies bei dem auf engeren Geltungsraum beschränkten Stadt- oder Bezirksgeld der Fall sein kann. Eine Entscheidung steht zur Zeit noch aus.

Schadenersatzansprüche an die Eisenbahn.

Die Handelskammer Zittau war bei der Eisenbahngeneraldirektion Dresden wegen einer schnelleren Erledigung von Schadenersatzansprüchen für während der Eisenbahnbeförderung verloren gegangener Güter vorstellig geworden. Aus der der Kammer zugegangenen Antwort der Generaldirektion ist ersichtlich, daß durch die Eisenbahnverwaltung nach Möglichkeit eine Beschleunigung der Entschädigungsansprüche herbeigeführt wird. Die vorkommenden Verzögerungen beruhen im wesentlichen auf der großen Zunahme der Güterdiebstähle und damit auf der Menge der einlaufenden Entschädigungsansprüche, sodann auf der überaus schwierigen Betriebslage, wodurch der unumgänglich notwendige Erörterungsschriftwechsel in unliebsamer Weise verzögert wird. Es wird aber erhofft, daß durch kürzlich getroffene Maßnahmen eine schnellere Erledigung der Ansprüche als bisher zu erreichen sein wird.

Protestkundgebung gegen die hohe Lustbarkeitssteuer.

Dresden, 30. August. (T. U.) Die große Mißstimmung, die in Dresden ebenso wie anderwärts gegen die hohe Lustbarkeitssteuer besteht und welche die Aufführung künstlerisch ernster Theaterstücke aufs schwerste gefährdet, fand gestern vormittag im Dresdner Albert-Theater gelegentlich der Programmrede des neuen Direktors Vogt einen imposanten Ausdruck. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die schleunige Herabsetzung und Revision der Lustbarkeitssteuer verlangt wird.

Dresden. Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresdens und der Ortsausschuß Dresden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erlassen eine Aufforderung an die Einwohnerschaft, beim Abbau der Preise mitzuhelfen und den Händlern und Verkäufern nur die vom Reichsprüfungsamt festgesetzten angemessenen Preise zu zahlen und alle Geschäfte zu meiden, wo höhere verlangt werden.

Bautzen. Unter dem Vorsitze von Oberbürgermeister Niedner fand hier eine Sitzung mit Vertretern von Handel und Gewerbe aus der Stadt statt über Maßnahmen zur Preissenkung täglicher Bedarfsgegenstände und zur Bekämpfung unangemessen hoher Gewinne. Man beschloß, daß die einzelnen gewerblichen Gruppen von sich aus Maßnahmen ergreifen, um eine angemessene und reelle Preisgestaltung bei den einzelnen Geschäftszweigen zu gewährleisten, daß insbesondere Kommissionen für jeden einzelnen Gewerbszweig gebildet werden, die die Behörde bei regelmäßig vorzunehmenden Revisionen unterstützen. Auch soll das Aushängen von Preistafeln in den Geschäften für Gegenstände des täglichen Bedarfs und ohne Preisgrenze nach oben allgemein durchgeführt werden.

Auerbach i. V. Der Bau der Muldenberger Talsperre wird nunmehr als Notstandsarbeit in Angriff genommen werden. Nach Mitteilung der Amtshauptmannschaft kann nach dem jetzigen Ergebnis der Verhandlungen der sächsischen Regierung und der Reichsregierung damit gerechnet werden, daß in nächster Zeit die Arbeiten für den Bau der Muldenberger Talsperre beginnen. Sie werden 1200 Arbeitslosen aus dem Amtsgerichtsbezirk Klingenthal Beschäftigung bieten.

Aus den Nachbargebieten.

Für die Südlinie des Mittellandkanals

haben sich Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg und Bremen entschieden. Sie haben einen gemeinsamen Antrag ausgearbeitet, der die alsbaldige Inangriffnahme des Kanalprojektes durch das Reich als die allein dafür noch verfassungsmäßig zuständige Stelle im Auge hat, und zwar die Inangriffnahme auf der Grundlage der südlichen Linienführung.

Internationaler Metallarbeiterkongreß.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Merrheim-Frankreich die Anfrage, welches die Verhandlungen und der Inhalt der Pressepolemiken gewesen sei, die zwischen Hansen-Kopenhagen und den Russen stattgefunden haben. Darüber sei im Bericht nichts gesagt, die Delegierten seien aber verpflichtet, auch hierüber in ihrem Lande restlos Aufschluß zu geben.

Hansen-Kopenhagen berichtet hierauf, daß er im Juni ein Telegramm Schlapnikoffs erhalten habe, worin er Schlicke den Vorwurf der Sabotage des Kongresses machte, 14 Tage darauf sei er in Kopenhagen angekommen und habe die sofortige Einberufung des Kongresses verlangt, worauf sich Hansen nicht einließ. Gleichzeitig kamen Vertreter der italienischen Organisation, die glaubten, daß der Kongreß am 15. Juni stattfände, ebenso zwei Luxemburger Kollegen. Die Dänischen Kollegen beriefen darauf sofort Vertreter aus Stockholm und Kristiania und es fand eine Vorbesprechung statt, die 2 Tage dauerte und wobei unter formellem Einverständnis Schlapnikoffs als Datum des Kongresses der 20. August angenommen wurde. Im übrigen sei nichts Interessantes vorgekommen. Ueber die Tagung würden zwei Protokolle abgefaßt. Im übrigen habe Schlapnikoff vor dem Geschäftsausschuß des Dänischen Metallarbeiterverbandes und der Landesorganisation einen Vortrag gehalten, worin er ihnen auseinandergesetzt habe, daß es keinen Sozialismus ohne Kanonen gäbe. Für einen solchen Sozialismus mit Maschinengewehren aber sei in Skandinavien kein Verständnis.

Darauf fragt Merrheim, ob ein Protokoll dieser Rede Schlapnikoffs vorliege, ob sie veröffentlicht worden sei; in diesem Falle bittet er um Vorlage. Seine Fragestellung sei deshalb erfolgt, weil man der Internationale den Vorwurf machen könnte, die russischen Genossen ausgeschlossen zu haben. Wenn sie hier wären, würde er unbedingt für ihre Zulassung plädieren.

Hansen-Kopenhagen erwiderte ihm, daß ein Bericht über die Rede nicht veröffentlicht worden sei, die Notizen des Uebersetzers jedoch noch vorliegen und dieser bereit sei, sie auszuarbeiten.

Stein-Oesterreich fragt an, ob das Internationale Sekretariat eine Sammlung der verschiedenen Gesetze vorgenommen und sie den angeschlossenen Organisationen zugestellt habe, die während des Krieges in den verschiedenen Ländern erlassen wurden, um die Arbeiterklasse in den Dienst der Kriegführung zu stellen.

Ihm wird von Schlicke erwidert, daß diese Sammlung nicht hatte vorgenommen werden können, weil speziell durch die Blockade keine Möglichkeit zu ihrer Beschaffung bestanden habe. Gleichzeitig bittet Schlicke, das Sekretariat zur Vermittlung in den Meinungsverschiedenheiten zu beauftragen, die zwischen den beiden tschechoslowakischen Organisationen über deren Zulassung bestehen. — Auf Antrag Merrheim wird der Bericht zur Kenntnis genommen und zur Tagesordnung übergegangen.

Am Nachmittag beginnt die Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung:

„Unsere internationalen Beziehungen".

Hierzu führt Schlicke aus, daß durch den Kriegsausbruch die Beschlüsse des letzten Kongresses noch nicht hätten erledigt werden können. Seine dem heutigen Kongreß gemachten Vorschläge seien nur die Ausführungen dessen, was auf dem Berliner Kongreß beschlossen wurde. Nach seiner Auffassung müsse an dem föderativen Charakter der Metallarbeiter-Internationale festgehalten werden, sie darf keine Zentralisation werden. Es sei streng zu vermeiden, in Taktik und Aufbau der Organisation einzugreifen. Das Sekretariat habe nur Ratschläge zu erteilen und sich jeder Beeinflußung zu enthalten.

Im Gegensatz zu der gestern in der Diskussion von Dißmann geäußerten Auffassung sei er der Meinung, daß man keine bindenden Vorschriften von zentraler Stelle aus erlassen könne, sondern nur Beratungen über bestimmte Materien pflegen! Man müsse sich jedoch davor hüten, die Zentrale des I.-M.-V. zu einem politischen Aktionsausschuß zu machen. **Das Arbeitsgebiet des Bundes sei, sich mit Spezialaufgaben des Berufes zu beschäftigen (!).** Ferner müsse der Bund seine Aufgabe in der Beteiligung und Unterstützung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, einer Organisation des Völkerbundes über die Probleme des Arbeiterschutzes und soziale Fragen erblicken. (Man muß sich wahrlich angesichts solcher Ausführungen fragen, ob der Redner keine Ahnung hat von den gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahre!)

Ihm gegenüber wurde von Stein-Wien betont, daß es sehr begrüßenswert sei, auf dem Kongreß einigen jüngeren Delegierten zu begegnen, die den Geist der neuen Zeit vertreten. Der von Schlicke umrissene Aufgabenkreis seine eine viel zu schmale Basis und es wäre unverständlich, wenn die Metallarbeiter-Internationale sich nicht voll und ganz in den Dienst des gesamten Emanzipationskampfes des internationalen Proletariats stellen würde. Angesichts des soeben erlassenen Aufrufes der Moskauer Internationale zur Sprengung der Gewerkschaftsinternationale müsse man aber auch die Demarkationslinie gegenüber diesen kommunistischen Anschauungen ziehen.

Kummer-Deutschland übt Kritik an der geringen Tätigkeit, die vom Sekretariat entfaltet worden sei. Die im Kriege entstandene Verwirrung habe ihre Ursache im gegenseitigen Mißtrauen der verschiedenen Länder zueinander. Das Sekretariat müsse nunmehr zu einem lebendigen Glied gemacht werden und einen regeren Austausch der Gedanken und Erhebungen vornehmen. Bisher habe das Sekretariat keine Ideen gehabt, sondern nur mechanisch die ihm übermittelten Berichte übersetzt und weitergeleitet. Er unterstütze den Antrag der Belgier auf Anstellung eines besoldeten internationalen Sekretärs und eines Vollzugsausschusses, der regelmäßig zusammenzutreten habe. Der Antrag der Belgier, Engländer und Franzosen auf Verlegung des Internationalen Sekretariats nach einem neutralen Lande könne er begreifen, da Deutschland seine moralische Autorität eingebüßt habe. Er bezweifelt indessen, ob im neutralen Ausland die geeignete Persönlichkeit gefunden werden könne und bittet, die Erledigung der Frage der Verlegung des Sitzes des Sekretariats bis zum nächsten Kongreß hinauszuschieben.

Auf Antrag Schlicke wird die Diskussion unterbrochen, damit die Landsmannschaften und der Zentralausschuß über die Frage der Verlegung des Internationalen Sekretariats sich verständigen können.

Gewerkschaftsbewegung.

Betriebsräte, Betriebsobmänner, Angestellten- und Arbeiterräte.

Für die nachfolgenden Industriegruppen finden Gruppenversammlungen statt:

Gruppe III, Textil- und Bekleidungs-Industrie: Mittwoch, den 1. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal.

Gruppe VII, Holz-Industrie: Donnerstag, den 2. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gesellschaftssaal.

Tagesordnung für beide Versammlungen: 1. Richtlinien für Betriebsräte. 2. Reichskongreß der Betriebsräte. Referent: Gen. Schilling. 3. Verschiedenes.

Gruppe XI, Metallindustrie: Montag, den 6. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus, großer Saal. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben des Gruppenrates. Referent: Gen. Schilling. 2. Bericht der vorbereitenden Kommission. 3. Wahl des Gruppenrates.

Zutritt zu den Versammlungen nur gegen Gruppen-Ausweiskarte.

Der Streik im Leipziger Transportgewerbe beendet.

Nachdem am Sonnabendvormittag die Arbeiterschaft des Transportgewerbes zu dem Angebot der Unternehmer Stellung genommen und einstimmig beschlossen hatte, das Angebot der Unternehmer abzulehnen, wurde von diesem Beschluß nicht nur der Unternehmerverband, sondern auch die Kreishauptmannschaft und das Meßamt durch die Verbandsleitung in Kenntnis gesetzt. Auf Grund dessen fanden sich die Unternehmer im Laufe des Vormittags nochmals zu einer Beratung zusammen, in der der Bevollmächtigte unsrer Verwaltungsstelle den Unternehmern die Gründe klarlegen sollte, die zur Ablehnung des Angebots der Unternehmer geführt haben. Dieses geschah auch in einer stark besuchten Unternehmerversammlung mit dem Erfolg, daß nach stundenlangen Beratungen die Unternehmer erneut den Beschluß mit Majorität gefaßt hatten, weitere Zugeständnisse nicht zu machen. Auf Grund dieses Beschlusses bestand nunmehr die Gefahr, daß der Streik von längerer Dauer sein würde und daß dadurch nicht nur der Allgemeinheit ein großer Schaden zugefügt, sondern daß auch die Abhaltung der Leipziger Messe zum großen Teil in Frage gestellt würde. Kurz vor Stattfinden der Versammlung der Streikenden im Volksgarten wurde der Bevollmächtigte unsrer Verwaltungsstelle ersucht, im Meßamt zu erscheinen. Dort waren neben dem Herrn Kreishauptmann Vertreter der Unternehmer und der Herr Direktor des Meßamtes zugegen. Nach einer kurzen Aussprache wurde eine Verständigung erzielt, die wie folgt lautet:

1. An den Löhnen der Transportarbeiter, die bisher 205 Mk. wöchentlich betragen, wird eine Aenderung nicht vorgenommen. 2. Vom 1. September ab wird eine monatliche Teuerungszulage von 180 Mk. gewährt. Dieselbe gelangt je zur Hälfte am 1. und 17. des Monats zur Auszahlung. 3. Falls durch Arbeitsmangel Aussetzen oder Entlassung von Arbeitskräften vorgenommen werden müssen, wird den in Frage kommenden Arbeitern die anteilige Teuerungszulage gewährt. 4. Falls im Laufe des Monats September ein neuer Landesvertrag zustande kommt, so hat derselbe vom 1. Oktober ab auch für die Leipziger Transportarbeiter Gültigkeit. 5. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Sämtliche an dem Streik Beteiligten sind wieder einzustellen. In dem bisherigen Arbeitsverhältnis tritt keine Aenderung ein.

Die vorstehenden Vereinbarungen können monatlich gekündigt werden. Durch dieses Abkommen ist nunmehr die Möglichkeit geschaffen, daß mindestens bis zum 1. November der Friede im Transportgewerbe gewahrt wird.

Durch diesen Streik hat die Arbeiterschaft den geplanten Lohnabbau seitens der Unternehmer nicht nur abgewehrt, sondern es haben auch Lohnzugeständnisse in Form von Teuerungszulagen gewährt werden müssen.

Von den am Streik Beteiligten sind die Streikkontrollkarten gut aufzubewahren. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt am Sonntag, dem 5. September, vorm. 8—12 Uhr im Volkshaus, Kolonnade. Mitgliedsbuch und Streikkontrollkarte ist mitzubringen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Leipzig.

Streik der Zeitungssetzer in England. Nach einer Meldung der Humanité aus London streiken von Sonnabendmittag an in Manchester und Liverpool die Zeitungssetzer. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

S. Z. 160. Ueber die Gewohnheiten der Holzwürmer sind wir nicht unterrichtet.

E. D. 100. 1. Die Auslösung gehört nicht zum Arbeitslohn und kann abgezogen werden. Der Abzug gilt vom 25. Juni ab.

A. K. 1. Wenn Sie die Summe nicht zahlen wollen, müssen Sie gerichtliche Entscheidung beantragen. 2. Wenden Sie sich an das Gemeindeamt in Sehlis.

Amtliche Bekanntmachungen!

Frühkartoffelausgabe.

Vom 31. August bis 6. September auf angemeldete Kartoffelmarken J2/J2 sowie für Militärurlauber und Fremde 5 Pfund Kartoffeln je nach Eingang. Preis für das Pfund 35 Pfg. Kartoffelmarke J3/J3 ist beim Händler bis Sonnabend, 4. September, abzugeben.

Kleinverteiler: Markenabgabe Montag, den 6. September.

Großverteiler: Bezugscheinentnahme Mittwoch, den 8. September.

Ernährungsamt Leipzig, am 28. August 1920.

Regelung des Deputatwesens an Brotgetreide, Gerste und Hafer.

Gemäß Verfügung der Reichsgetreidestelle haben Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die ihren in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitern auf Grund abgeschlossener Tarifverträge Deputate an Brotgetreide, Gerste oder Hafer gewähren,

1. Namen und Wohnort des Deputatempfängers,
2. „ „ „ Deputatverpflichteten,
3. die Höhe des Deputats auf Grund des Tarifvertrages vom ..... umgehend dem unterzeichneten Ernährungsamt (Neues Rathaus, Zimmer 450) zu melden. Ferner sind an die gleiche Stelle die künftig eintretenden Veränderungen, Zu- und Abgang der Deputatempfänger mit dem Tage des Zu- und Abgangs, binnen 8 Tagen anzuzeigen.

Zuwiderhandlungen werden nach §§ 58 und 80, Ziffer 12, der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Zur Behebung von Zweifeln wird noch folgendes bemerkt:

1. Dem Deputatberechtigten steht neben der Deputatmenge nicht außerdem noch die Selbstversorgermenge zu. Letztere ist vielmehr stets in der ersteren miteinbegriffen.
2. Die Deputatmengen bleiben, wie sich aus der Fassung des § 8 Abs. 1 der Reichsgetreideordnung ergibt, in der gleichen Weise wie die Selbstversorgermengen bis zum Verbrauche beschlagnahmt. Dieser kann nur ein Eigenverbrauch zur Ernährung, zur Verfütterung und als Saatgut sein.

Eine Veräußerung von Deputatgetreide darf wie bei allem anderen Getreide nur an die Kommissionäre der Reichsgetreidestelle und des Kommunalverbandes oder, soweit es sich um Gerste und Hafer handelt, gegen Bezugsschein stattfinden.

Selbstverständlich finden auf das Deputatgetreide die für die Verfütterung erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere also auch die Verordnung über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot vom 28. Mai 1915 — Reichsgesetzblatt Seite 381 — Anwendung und ebenso auch die Vorschriften für die Verwendung von Saatgut.

Ernährungsamt Leipzig, am 28. August 1920.

300 Mark Belohnung!

Am 27. d. Mts., nachmittags gegen 6 Uhr, ist an der Ecke der Promenaden- und Elsterstraße

1 Jagdhund, stichelhaarig, dunkelbraun, mit getigerter Brust und auf den Namen „Tell" hörend,

entlaufen und seitdem verschwunden, wahrscheinlich gestohlen worden.

Auf Wiederherbeischaffung des Hundes ist von dem Geschädigten eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt worden.

Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens an die Kriminalabteilung erbeten zu Kr.-V.-L. III 2645/20.

Leipzig, den 28. August 1920.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Zwenkau.

Pachtland. Zwenkauer Haushaltungen, die kein Garten- oder Pachtland haben und Pachtland von etwa 100 Quadratmeter Größe wünschen, werden aufgefordert, sich bis 1. September im Rathaus, Zimmer 7, zu melden.

Der Stadtrat.

Kasslers Festsäle
Leipzig-Vo., Elisabethstrasse 13
Morgen Dienstag:
Der von zwei Kapellen ausgeführte
beliebte Messball
Tanz frei.
Eintritt: Damen 2 Mk., Herren 3 Mk.

3 Mohren
Inhaber Bruno Pilarl
Straßenbahnl. 20, 21, 8, 5 u. 6.
Heute ab 6 Uhr Der amüsante Mess-Ball.
Erstklassiges Ballorchester. Flotter Meßbetrieb.

Sächsischer Hof Leipzig-Schönefeld
Heute: Der beliebte Montagsball. Anf. 7 Uhr.
Tanz frei.

Johann Gottfried Seume
Ein literarisches Porträt
Ausgewählte Werke Seumes
Herausgegeben u. eingeleitet von Wilhelm Hausenstein.
Preis geb. 7.00, brosch. 6.00.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Film-Palast
L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 31.
Heute letzter Tag:
Der Kindesraub im Zirkus Buffalo.
Stellt alles bisher dagewesene in den Schatten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Holzhausen-Zuckelhausen. Die Bibliothek ist jetzt wieder jeden Sonntag von ½11 bis 12 Uhr geöffnet. Wir bitten um fleißige Benutzung. **Die Verwaltung.**

Turnverein L.-Kleinzschocher (E. V.)
(Mitglied des A.-T. und S.-B.)
Sonntag, den 5. September, **Tagespartie nach Grimma-Lausick.** Abfahrt früh 6.11 Uhr Hauptbahnhof, Fahrgeld 6 Mk. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Turnrat.**

Vereinigung Ansiedlung-Ost
Ortsgruppe Leipzig.
Alle diejenigen Genossen, die schon im **Lokomotiv- und Waggonbau** gearbeitet haben und dies durch Zeugnisse und **Zeugnisabschriften** belegen können, werden ersucht, dieselben im Bureau, Braustr. 27/29 sofort abzugeben. — Die **Zeitungsausträger** sowie die **Bezirkskassierer** werden ersucht, sich **Mittwoch, 1. September,** abends ½7 Uhr im Volkshaus, Zimmer 1, zu einer Besprechung pünktlich einzufinden. **Der Ortsrat.**

Touristenverein Die Naturfreunde. E. V.
Zusammenkunft am Freitag, dem 3. September, abends 8 Uhr, im Unterrichtssaale, Braustr., **Lönsabend.** II. Teil. Zusammenkunft Mittwoch fällt aus.
Die Zusammenkünfte des Westbezirks finden jeden Donnerstag im Jugendheim Kleinzschocher, Gieserstraße 85, statt.
Donnerstag, den 2. September, abends 7 Uhr, **Versammlung der Genossen des Nordens** im Restaurant Hermannsruhe, Mittel-Mockau, Hermannstr. **D. O.**

Freie sozialistische Jugend!
Oeffentliche Jugendversammlungen:
Westen: Dienstag, den 31. August, **Sophienburg,** Felsenkellerstraße.
Osten: Dienstag, den 31. August, **Gasthof Neuroudnitz,** Stötteritzer Straße.
Norden: Mittwoch, den 1. September, **Schillerschlößchen,** Mendestraße.
Zentrum: Donnerstag, den 2. September, **Städt. Jugendheim,** Töpferstraße.
Süden: Mittwoch, den 1. September, **Gambrinus,** Biedermannstraße.
Gesprochen wird in allen Versammlungen über:
„Die kommunistische Jugend-Internationale".
Beginn aller Versammlungen pünktlich ½8 Uhr.
Sonntag, den 5. September: **Internationaler Jugendtag.**
Nachm. 2 Uhr: **Große Demonstrationsversammlung** auf dem Reichsgerichtsplatz. Ref.: Gen. **Holmik,** Berlin.
Erscheint an diesem Tage in Massen!
Freie soz. Jugend Groß-Leipzig.

Alles kauft
Webe-Batterien
Zur Messe:
Baumesse, Markt 8, II/232.

Maschinenputztücher
Putzlappen und Putzlumpen entölt und reinigt tadellos
Otto Pretzsch
Putztuchwerk und Dampfwäscherei für die Industrie
Leipzig-Lindenau, Plautstraße 31.
Fernruf 33560.

LEDER — LEDER — LEDER
Günstige Einkaufsgelegenheit für Schuhmacher u. Private.
Prima Kernleder im Ausschnitt und im ganzen.
Gute Herrenschäfte das Paar nur 65 Mk. sowie sämtliche Schuhbedarfsartikel zu billigst. Preisen immer vorrätig bei
C. Migdin, Leipzig, Tauchaer Str. 46.

Kein Automobildiebstahl mehr!
Wir laden zur Besichtigung unseres
„Auto-Combinator"
der hervorragendsten Automobilsicherung in der ganzen Welt, die wir zur Zeit im In- u. Auslande einführen, zur Leipziger Messe „Städtisches Kaufhaus" (Hof) ein.
Auto-Combinator G. m. b. H.
Berlin W. 62, Kleiststraße 22.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Baumanns Gesellschaftshaus Inhaber **G. Baumann**
L.-Volkmarsdorf, Kirchstraße 32. Fernsprecher 61018
empfiehlt Vereinen seinen Saal, große Vereinszimmer und Garten auch zur Abhaltung von allen Festlichkeiten und Hochzeiten
Anerkannt gute, zeitgemäße Küche, Biere und Weine.

Glasscheiben
aller Art im Ausschnitt bill. Spiegelgläser jeder Größe, z. Zt. 30% Rabatt. Repar. sof. **Aquarien, Acc'u- und Elem.-Gläser** in gr. Ausw. Zubehör.
A. Glaschker, Tauch. Str. 26 Tel. 13390.

ff. Kognak-
Verschnitt, 45 Prozent
¾ Liter Mk. 40.—
empfiehlt
L. O. Kaspar Nachf.
L.-Plagwitz
Zschochersche Straße 30.

Reparaturen
an Uhren jed. Art
nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei
GustavKaniss
Uhrmach., Tauchaer Str. 8.

Gegen Würmer
hat sich **Wurmfeind** als **Radikalmittel für Erw. und Kinder** vorzüglich bewährt. Nur echt **König Salomo-Apotheke, Leipzig.**

Familien-Nachrichten

Nach kurzem schwerem Leiden verschied am Sonnabend, im Alter von 12 Jahren, unser lieber Sohn
Georg Helsch.
L.-Lindenau,
Leutzscher Str. 28, I.
In tiefster Trauer
Familie Helsch
u. alle Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienstag, vormittags 10½ Uhr, von der Halle des Lindenauer Friedhofs aus statt.

Familien-Nachrichten

Nach kurzer Krankheit schied heute vormittag ½9 Uhr aus arbeitsreichem Leben, im 63. Lebensjahre, mein lieber treusorgender Mann, der **Metallpolierer**
Theodor Hermann Gustav Grosse.
In tiefster Trauer zeigt dies an
L.-Sellerhausen, Bautzmannstraße 18, II.
den 29. August 1920
Franziska verw. Grosse geb. Rost.
Beerdigung Mittwoch, 1. September, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Johannisfriedhofs aus.

Ein sanfter Tod erlöste am 29. August, früh ¼6 Uhr, im Alter von 10 Monaten 27 Tagen, unser innig geliebtes unvergeßliches Töchterchen **Maud.**
Leipzig, Lößniger Straße 6, IV.
Familie Bernhard Binneböse.
Beerdigung findet Mittwoch, früh ½10 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Allen lieben Freunden und Bekannten zur schmerzlichen Nachricht, daß unser einziger, hoffnungsvoller Sohn, unser herzliebster Bruder, Enkel, Neffe u. Vetter
Arno Focke
im 21. Lebensjahre in Ausführung seines Berufes durch Unglücksfall in Leuna plötzlich u. unerwartet verschied.
L.-Neuschönefeld, Marthastr. 23. In unsagbarem Weh **Emil Focke und Frau Martha, geb. Thiemichen, Alfre und Hilde als Schwestern.**
Nach Ueberführung wird Beerdigung bekanntgegeben.
Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.
Geliebt, beweint und unvergessen!

Für die zahlreichen ehrenden Beweise herzlicher Anteilnahme beim Hinscheiden unsres teuren Vaters, des **Gastwirts**
Karl Peter
sagen allen herzlichsten Dank.
L.-Kleinzschocher, Wachsmuthstraße 8.
Lina verw. Peter und Sohn.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

50 Straßenhändler
auch Kriegsbeschädigte, z. Leipziger Mustermesse gesucht. Zu melden **Czermaks Garten 8, part., Buchbinderei.**

Agitatorisch befähigte Genossen
finden als **Mitarbeiter der Volksfürsorge** Gelegenheit zu gutem Nebenverdienst. Anmeldungen sind an die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Leipzig, Zeitzer Straße 32 (Volkshaus), Saalbau, Zimmer 14 erbeten.

Direktricen od. tücht. Arbeiterinnen
die den Vertrieb unserer preiswerten **Blusenflanelle** direkt an die Verbraucher vermitteln wollen, gegen gute Vergütung gesucht.
Offerten unter **Engroshaus** an die Exp. d. Blattes.

Junges, anständiges **Dienstmädchen** wird v. jung. Ehep. bei hohem Lohn, gut. Kost u. gt. Behandl. 1. Okt. ges. Vorstell. m. Zeugn. v. 10-3 U. Westst. 74 II. l. Dodeles

Aufwartung für vormittags gesucht. Brockhausstr. 62, ptr.

Perfekte Zigarr.-Arbeiterin sucht **Hausarbeit.** Offert. unt. B. Müller, Wurzner Str. 94, III

Juv. Fr. s. Stell. i. einf. Haush. od. and. Pl., Nonnenst. 22, H. pt

Verkäufe

Geschäftsbrief-Umschläge
1. Qual., v. 1000 45 M., m. Druck 50 M. **Hoffmann, Eutritzsch. Str. 2.**

Kakao
Schokolade
Für Großverbraucher und Wiederverkäufer günstige Bezugsquelle
Nährmittelf. Heros
Kuchengartenst. 16
Telephon 4560

Zum Tauch'schen
erhalten Sie zu **Grossisten-Preisen** erstkl. **Feuerwerk, Larven,** u. andere **Ulksachen** nur bei
Hoffmann, Eutritzscher Straße 2.

Pressen
für **Obst** und **Rübensaft, Wäsche** usw. Querstr. 6, III. l.

Zigarrenhaus zum „Windhund"
Völkerfackel, 50 Gr. 3.50 M.
Zigaretten von 15 ₰
Zigarren von 70 ₰
Zigaretten-Hülsen 3.00 M.
Redderßen 2.00 M.
Elis. Müller, Zeitzer Str. 39, gegenüber d. Volkshaus.

KOWNOER
Schnupftabak	nur	75 Pfg.
Augentabak	„	90 „
Gesundheitstabak	„	90 „
Regensburger	„	50 „
Schmalzler Brasil	„	50 „

Elsterstr. 3 und Gerberstr. 40

Defekte Reitstiefel, Gr. 28/6, vk. Klzsch., Würzb. St. 57, I. r.

Uebergangs-Ueberzieher
von 100 Mk. an
Winter-Paletots
von 150 Mk. an
Ia Militärtuch-Ulster
verkauft
R., Frommannstr. 12, Laden.

Herbstpaletot, Gummimant., Lodenmntl., mehr. Jackettanz. verk. Windmühlenstr. 33, I.

Herbstulster, schön, f. gr. Fig., z. vk. Schenkendorfstr. 29, p. r.

Gelegenheitskäufe
in
Herren - Garderobe
Mil.-Sachen Wäsche
Wadewitz Windmühlst. 33, I neben Astoria

Gehrock-Anzüge
Frack-Anzug
einzel. Röcke u. Fracks
vk. Rdn., Frommannst. 12, Ld.

3 Anzüge, guterh., 2 Cutaway-Anzüge u. 1 Arbeits-Anzug verk. s. bill. Lange Str. 10, I.

Mehrere Jackettanzüge, 3 Gehrockanzüge, Paletots verk. Windmühlenstr. 33, I.

Oberhemden
weiß und farbig, **prima Qualität.**
Detailverkaufspreis per Stück 50.— Mk.
ab hiesiger Fabrik laufend lieferbar.
Grossisten, Wiederverkäufer u. Vertreter gesucht.
Krüger, **Leipziger Fabrikkontor der Klotta-Wäsche-Fabrik**
Leipzig-Li., Rietschelstraße 55. Tel. 33571.

Preiswertes Schuh-Angebot!
Herren-Stiefel in braun, Naturleder . . . . **135.—**
Herren-Stiefel in schwarz, Rindleder . . . . . . **155.—**
Herren-Stiefel in braun, zum Strapazieren . . . . . **165.—**
Braune Damen-Halbschuhe **85.—**
Damen-Stiefel mit flachem Absatz . . . . . . **135.—**
Walther Martin
Salzgässchen 3.

Milit.-Entlassungs-Anzug, guterh., mittl. Figur, f. 220 M. zu vk. Schenkendorfstr. 29, p. r.

Pa. schwarze Tuchhose
Marinetuch-Sporthose
Sporthosen
vk. R., Frommannstr. 12, Lad.

Radfahr-Anzug, Herbstpalet. bill. Eisenbahnstr. 13, H. II. r.

Cutaway, eleg., einzeln, und Cutawayanzug, 2 Gehrockanz. Ia. Friedst., s. b. Lange St. 10, I.

Arbeitshosen
Manschester-Hosen
Manschester-Joppe
vk. R., Frommannstr. 12, Lad.

Hemden f. Damen f. Herren **25.—**
Hemdentuch u. Nessel m 15.—
Hemdenbarchent m 18.—
Bettwäsche, wß. u. bt. m 20.—
Wischtuch Stück 7.50
Handtuch Stück 5.—
Kohlgartenstr. 29, I. **links.**

Küchenschrank 75, Bett, Ausz.-Tisch vk. Rd., Kapellenst. 9a, p.

Zylinderhüte à 20 Mk.
vk. R., Frommannstr. 12, Lad.

Bettwäsche, Friedensware, weiß u. bunt, Hand- u. Wischtücher, Frauen-Hemden mit Ärmel, Tischwäsche, Fedrbett. billig Bayersche Str. 42, II. l.

Küche, kompl., Reformbett m. Aufl., polierter Tisch zu verk. Walther, Wurzner Str. 182, p.

Damen-Schreibtisch, Tisch, Federbetten, Waschtisch bill. Bayersche Straße 42, II. links.

Chaisel., Sofa, Stühle, Bettst. m. Matr. Konradstr. 33b, pt.

2 Bettstellen m. neuen Matratz., Küchenschrank, g. Kommode z. vk. Karl-Heine-Str. 102, II. M.

2 Bettst. z. vk. Natalienst. 19, II. r.

2 Bttst. m. M., à 220, Deckb. 100, Nähm. 230, vk. Ewaldstr. 17, p.

Gitarre, Geige, kompl. 85 M. vk. Walther, Wurzner Str. 182, p.

Bandoneon bill. z. verkaufen in Brandis, Gottschalkstr. 5.

Nähmaschine, gut nähend, vk. Kappe, Nürnberger Str. 11.

Kinderwagen, guterh., bill. z. verk. Klzsch., Campestr. 3, I. l.

Fahrräder 1. Marken
neu u. wie neu vorgericht., für Herren, Dam. u. Kinder
Decken u. Schläuche
Riesenausw., allerbil. Pr.
Beyer Ranstädter Steinweg **33.**

Klappwag., hell, gesch., m. V., eil. Kdr.-Gitterbett m. M. vk. Neuschö., Melchiorstr. 16, I. r.

Decken u. Schläuche
Decke 80, Schlauch 28 Mk.
Alles Ia Fabrikate.
am Lager auch Gebirgsdecken
Große Fleischergasse 22, Lad.

Korb-Kinderwagen verkauft Lind., Gutsmuthsstraße 5, I. l.

Klappwagen o. Verd. b. z. vk. Rdn., Hohenzollernst. 3, III. M.

Sitz-Liegewagen, wie neu, billig Mittelstraße 9, I. links.

Kaufgesuche

Kaufe Herr.- u. Dam.-Garderobe
allerh. Wäsche, Leihhausch., Fdbett., Schuhe, l. a. Nachl. Kummer, Reichsst. 14, T. 10527

Herren-Garderobe, Militär-Sachen, Schuhwerk, Wäsche, Leihhausscheine kft. Klink, Ranstsche Gasse 6, part.

Jackettanzug u. Cutaway od. Gehrock m. Weste, Hose zu kf. gesucht. Nürnbg. Str. 7, I. r. Tel. 10932.

Gebrockanzug u. Kriegsbeklch. zu kaufen ges. Preisangebote an P. R. Sommerfeld 87 b

Militär-Ulster
Hosen, Stiefel, Schuhe, Uhren, Herren- u. Damen-Hemden Bettwäsche, Leihhausscheine Jackett-Anzüge zu kauf. ges. Wolf, Sternwartenst. 30, Ld.

Militär- Hosen, Blusen, Mänt., Mütz., Ulster, Schuhe, Stiefel, Dam.- u. Hrn.-Gard., Wäsche, Leihh.-Scheine, Nachlaß-Sachen
kauft
Wadewitz, neb. Astoria
Windmühlenstr. 33, I.
Tel. 15475

Alle Art. **Wäsche** neu und gebraucht Herren- u. Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbersachen z. kaufen gesucht
Glaser Ranstädter Steinweg 46. Tel. 1312.

Eilt zur Frau Wittekes Lortzingstr. 12, prt. kaufe alle Arten **Wäsche** neu und gebraucht, Herren- und Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbers.

Erstlings-Wäsche zu kf. ges. Lind., Calvisiusstr. 39, III. l.

Aus Privat! Erstl.-Wäsche z. k. g. Li., Calvisiusstr. 39, III. l.

Brautpaar sucht **Federbetten** Nürnbergerstr. 7, I. r. T. 10932

Kinderbettstelle m. Matr. u. Kinderwagen ges. Preisoff. Müller, Frommannstraße 6.

Nähm. ges. Nürnbg. St. 6, H. II

Herr.- u. Dam.-Rad m. Frl. kft. Fahrradhaus Kreuzst. 16, H.

Damen- u. Herrenrad z. k. gel. Nürnbergerstr. 7, I. r. T. 10932

Herren- u. Damen-Rad o. Frl. k. Rd., Weidmannstr. 2, H. pt. (an der Dresdener Straße)

Schellack 60 Mk. u. mehr per Kilo, sowie **Leim,** jeden Posten kauft Stöß, Tischlerei, Kochstr. 16.

Leere Zigarren-Kisten und 8-10 Woch. alt. Wachhündch. Männchen, kauft Schönefeld, Schmidt-Rühl-Str. 2, pt. r.

Achtung!
Zeitungen
Bücher/Lumpen
Strumpfwolle
Metalle // Flaschen
kauft dauernd, auch von Händlern
R. Hoffmann
Leipzig-Anger
Spicherenstraße 8.
Sonnabends geschloss.

Felle kauft von Händlern, u. Privat. **Einkaufs-Zentrale Holländer,** Ranst. Steinw. 11, L.

Felle
aller Art und jd. Quantum
Schafwolle
kauft laufend
Einkaufs-Zentrale
Weigler, Dorotheenplatz
Ecke Zimmerstraße

Vermischte Anzeigen

Ehrenerklärung. D. Beleidig. d. ich öffentl. g. Frl. A. Ulrich, Mo., Leonhardtstr. 16, geäuß. habe, nehme ich zurück. E. Linke.

Ausschneiden!
Stets erfolgreicher
Rechtsbeistand
Alim.-, Ehe-, Erb-, Straf-, Steuers., Gesuche, Testam.
Friedr. Pfefferkorn
Go., Landsberger Str. 24
Linie 6. — Sprechz. 1—6.

Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Leipzig, Wächterstraße 26.

Ihr Anzug
wird wieder **wie neu gereinigt u. gebügelt für 20 Mk.** Abholung und Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei **Undine, Leipzig-Dölitz.**

Kammerjäger Wagner wohnt Senefelderst. 11, S. I.

Telephonisch
können Inserate nur in ganz **außergewöhnlich dringenden Fällen** angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgegebener Inserate leisten wir keine Garantie.
Expedition d. Leipz. Volkszeitg.

Wohnungen

2 Zimmer diese Woche frei. Schönefeld, Plokstr. 10, p. r.

Schlafst. o. l. Stube m. Kochof. v. sol. Hrn. b. 15. 9. Nähe Dresd. Str. ges. Off. **D 68** Exp. d. Bl.

Messbesucher
(Holländer) sucht
1 Zimmer mit 1 Bett.
Offert. erb. unt. **L. E. 1063** an R. Mosse, Leipzig.

Sol. jg. Mann sucht Schlafstb. mögl. m. Mittagst. i. Neust. od. Volkm. Adr. erb. Idastr. 27, I. l.

Schön möbl. Zimmer a. Hrn. zu vrm. Klopstockstr. 6, II. l.

Wohnungstausch.
Frdl. Wohnung, St., Ka., Kü. m. Zub. in Schö., Dimpfelstr. geg. and. i. Paunsd. o. Sellerh. Off. unt. **C. 67** a. d. Exp. d. Ztg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200830/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG